

Die Nachhaltigkeitsbeispiele der Teilnehmer der Konferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung „Nachhaltigkeit vor Ort“- Konferenz der 100 jüngsten Kommunalparlamentarier in Berlin vom 12. bis 14. Juni 2008

(Langfassung)

Weitere Informationen unter www.nachhaltigkeitsrat.de

Die Teilnehmer haben zur Konferenz ein Nachhaltigkeitsbeispiel aus ihrer Region mitgebracht und diese Beispiele im Vorfeld auf einem Online-Forum dargestellt. Gefragt waren sowohl Positivbeispiele für nachhaltige Politik vor Ort als auch Herausforderungen oder offene Fragestellungen. Das Ergebnis ist eine vielfältige Beispielsammlung, nach Städtenamen sortiert, die einen authentischen Einblick in die kommunale Nachhaltigkeitspolitik bietet.

"Altenplan" (Ahrensburg)

Die Stadt Ahrensburg hat im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften eine umfangreiche Befragung unter Seniorinnen und Senioren, beziehungsweise Bürgern, die nah am Rentenalter sind, durchgeführt. Ziel war es, den Bedarf, die Wünsche, Erwartungen und Vorstellungen zur zukünftigen Lebenswelt abzufragen und zu skizzieren. Der Plan soll Grundlage für die zukünftige Politik in Bezug auf alle seniorenrelevanten Themen bilden. Für Ahrensburg ist dieses Thema besonders wichtig, da 1/3 aller Einwohner über 60 Jahre alt sind, Tendenz steigend. Dennoch sind einige der Ergebnisse der umfangreichen Studie durchaus auch auf andere Kommunen übertragbar. Vor allem die zukünftigen Wohnformen und die Möglichkeiten soziale Kontakte ausbauen zu können stellen gerade die Kommunalpolitik vor Herausforderungen. Nachhaltigkeitspolitik junger Abgeordneter ist ja nicht nur Kinder- und Jugendpolitik.

Kulturpark-West-Nachhaltige Kulturpolitik (Augsburg)

Übungsräume für Bands, Ateliers und einfach auch nur Räume um Ideen zu verwirklichen gibt es in den meisten Städten wenige und wenn dann auch meistens nur sehr teuer, was sich ein Künstler egal welcher Art meistens nicht leisten kann. In Augsburg hat sich die Situation inzwischen jedoch geändert. Seit April sind die neuen Räume im Kulturpark West bezogen. Der Kulturpark West - was ist das? Ein Park im Westen der Stadt Augsburg, aber was hat ein Park denn mit Kultur und Räumen für Musiker zu tun? Der Kulturpark West ist eine Symbiose von verschiedenen Interessen und Ideen und ein Projekt in dem sich Kultur selbst entwickelt und aus sich selbst herauswächst. Die Stadt Augsburg hat das Gelände 2006 gekauft um am Rand des ehemaligen Kasernengeländes Übungsräume, Ateliers und Raum für Initiativen zu Verfügung zu stellen. Die alten Gebäude wurden nur mit den Mindestbau- und Rettungsvorschriften ausgestattet, so dass sich jede Band oder jeder Künstler selbst in seinem Raum verwirklichen kann. Die Selbstorganisation und die Freiräume die geschaffen wurden, die aber auch Verantwortung von allen erfordert, führt zur Nachhaltigkeit dieses Projekts.

Umwandlung einer Kaserne in einen Bioenergiepark (Bad Arolsen)

Als im Jahre 2004 das Licht im Bundeswehrstandort Bad Arolsen endgültig ausgeknipst wurde, stellte sich schnell die Frage einer sinnvollen, nachhaltigen Neunutzung dieser Gebäude und des Geländes. Da der Norden Hessens, nach dem Willen der Landesregierung, zum Zentrum für nachwachsende Rohstoffe werden soll, fiel die Entscheidung für den Aufbau eines Bioenergieparks, an dem sowohl die Stadt Bad Arolsen sowie die Firma InfraserV GmbH und Co. Höchst KG beteiligt sind. Hier sollen zukünftig Firmen angesiedelt werden, die dort Biogasanlagen, Biomasseheizkraftwerke, Bioethanol und FuE-Demonstrationsanlagen errichten. Über dies hinaus ist ein Teil des Parks als klassisches Gewerbegebiet geplant, um Synergien zu nutzen.

Sportstättenanierungsprogramm Land Niedersachsen / Landessportbund (Barsinghausen)

Die maroden Sportanlagen am Schulzentrum in meiner Heimatstadt Barsinghausen haben uns im vergangenen Jahr auf den Plan gerufen, neue Möglichkeiten für eine effiziente Ausnutzung der Anlagen, sowie eine möglichst kostengünstige Sanierung zu gewährleisten. Schon seit Jahren mussten Schüler, die ein Sportabitur ablegen wollten, zur Prüfung in die umliegenden Kommunen ausweichen, da der bauliche Zustand der Anlagen nicht mehr von der Landesschulbehörde akzeptiert wurde. Schnell fand sich mit dem örtlichen Sportverein ein Partner, der wie gemacht für das Projekt schien. Gemeinsam wurde in einer Arbeitsgruppe aus Schule, Sportverein, Politik und Stadtverwaltung ein Nutzungskonzept und eine Auflistung der Sanierungsmaßnahmen erstellt. Geplant ist es ein modernes Sportzentrum zu errichten, das sowohl die Ansprüche der Schule, als auch die Erwartungen der Sportler erfüllt. Der Sportverein wird als Bauträger das Schulgelände sanieren und zudem für die nächsten 20 Jahre für die Pflege des Geländes aufkommen. Dafür wird das ehemalige Sportgelände, zur Refinanzierung der Investitionen komplett als Baugelände ausgewiesen und als familienfreundliches Bauen entsprechend vermarktet. Zudem können durch das Sportstättenanierungsprogramm des Landessportbundes neue Mittel für die vier geplanten Bauabschnitte eingeworben werden. Der Landessportbund und auch das Land Niedersachsen haben diese Kooperation zwischen Schule und Sportverein ausdrücklich gelobt und daher 100.000 € für den ersten Bauabschnitt zur Verfügung gestellt. Insgesamt stellt das Land Niedersachsen, gemeinsam mit dem Landessportbund jährlich 30 Mio. € zur Verfügung um alte Sportstätten mit neuen Konzepten zu sanieren. Meiner Meinung nach ist dies eine nachhaltige Maßnahme für unsere "Stadt des Sports".

Gewerbegebiet Stubenwald (Bensheim)

Im Bensheimer Gewerbegebiet Stubenwald stehen von den 33,5 Hektar noch 7 Hektar für den Verkauf zur Verfügung. Im Rahmen eines Regionalplans mit einem Planungshorizont bis 2020 wurde kürzlich das benachbarte Landschaftsgebiet von knapp 20 Hektar zusätzlich als Gewerbegebiet ausgewiesen. Auf der einen Seite sprechen die gute gesamtwirtschaftliche Situation, die niedrige Arbeitslosigkeit sowie die nach wie vor ansteigenden Einwohnerzahlen für eine Erweiterung der Gewerbeflächen, andererseits kann keiner den exakten Gang der Demografie vorhersehen. Offene Fragen sind: Reichen die restlichen 7 Hektar nicht noch aus? Wer weiß, ob die Bevölkerungszahlen im Jahr 2020 dieser Notwendigkeit noch bedürfen? Warum nicht erst Lücken in vorhandenen Gewerbegebieten schließen? Wieso soll der Landschaftsverbrauch den städtischen Grüngürtel weiter reduzieren? Themenunabhängig habe ich manchmal das Gefühl, dass ältere Kommunalpolitiker nicht bei allen Entscheidungen an unsere Generation denken. Ich denke, auch wir haben in vielen Jahren ein Recht auf Lebensqualität in unseren Kommunen. Deshalb setze ich mich in allen Bereichen für eine nachhaltige, maßvolle Entwicklung ein.

Generationen-Bezirksverordnetenversammlung (BVV) - (Berlin)

Bereits im Jahr 2007 gab es im Bezirk Berlin-Spandau die erste Senioren-BVV. Anfragen und Anträge, die sonst nur von Fraktionen, Gruppen oder einzelnen Bezirksverordneten gestellt werden konnten, wurden im vergangenen Jahr im Rahmen einer gesonderten Bezirksverordnetenversammlung von Bürgerinnen und Bürgern, die das 60. Lebensjahr bereits vollendet hatten, eingebracht. Die Senioren-BVV wurde von allen Beteiligten sehr gut aufgenommen und einer Fortsetzung im Jahr 2008 unter Einbeziehung der Spandauer Jugend wurde zugestimmt. Mit der Senioren-BVV wurde die Einheit der "konventionellen Antragsteller der BVV" aufgebrochen, sodass neue Impulse von externen Akteuren gesetzt werden konnten. Am 12. März dieses Jahres gab es nach einer einstimmigen Verständigung aller im Ältestenrat vertretenen Fraktionen die erste Generationen-Bezirksverordnetenversammlung im Bürgersaal des Rathauses Spandau. Alle Spandauer Bürgerinnen und Bürger, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, bzw. Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr konnten Anträge und Anfragen zu dieser Sitzung beim Bezirksverordnetenvorsteher einbringen. Aus meiner Sicht muss der Zugang zur gelebten Demokratie und zur lokalen Politik für alle Altersgruppen verbessert werden, um der bestehenden Politikverdrossenheit entgegen zu wirken und um das Profil der Demokratie zu stärken. Spandau ist ein Bezirk, der dem demografischen Wandel deutlich ausgesetzt ist und der mit den Problemen eines Berliner Randbezirks zu kämpfen hat. Darum ist es besonders wichtig, dass neue Anreize für Alt und Jung geschaffen werden, aktiv am politischen Geschehen auf der lokalen Ebene teil zu nehmen. Bisher strittig war die Umsetzung eines Jugendparlaments, worüber sicher noch diskutiert und verhandelt werden muss.

Netzwerk "Gesunde Städte" - Politik als Vermittler (Berlin)

Seit 1992 existiert im Berliner Bezirk Marzahn/Hellersdorf ein Modellprojekt der gesundheitlichen Daseinsvorsorge. Ein großes unbürokratisches Netzwerk aus ärztlichen Privatpraxen, großen Krankenhäusern (Vivantes, Unfallkrankenhaus Berlin), einer privaten Augenklinik und der kommunalen politischen Vertretung bietet eine moderne und vielfältige gesundheitliche Versorgung vor Ort. Das Problem ist die Unkenntnis bei den BürgerInnen über das medizinische Angebot im Bezirk und über notwendige Vorsorgeuntersuchungen (Sprachbarrieren zwischen Spätaussiedlern und den Praxisärzten, zunehmender Missbrauch von Alkohol und härteren Drogen, steigende Schwangerschaft bei Teenagern). Leistungsträger der gesundheitlichen Daseinsvorsorge (private Arztpraxen, Krankenhäuser und Fachkliniken) sind ausreichend vorhanden - Stadtteilzentren evaluieren regelmäßig u.a. die gesundheitliche/medizinische Situation vor Ort. Der Lösungsansatz der Kommunalpolitik ist daher die Vernetzung der Leistungsträger und Stadtteilzentren. Hier einige Projektbeispiele: regelmäßiger "Ärztetage" zur Auswertung der aktuellen gesundheitlichen und medizinischen Probleme und Lösungsschritte vor Ort, ehrenamtliche Dolmetscher in Arztpraxen, ehrenamtliche Ansprechpartner im "Kiez" für gesundheitliche Beratung, Spritzenautomaten zur hygienischen und überwachten Zunahme von härteren Drogen (kurzfristige Lösung), verstärkte Präventionsarbeit und Suchthilfe in Gebieten mit vielen Spätaussiedlern, Zusammenschluss von jungen Praxisärzten und stationäre Dienstleistern zu "Ärzteläusern", Vorsorgeuntersuchungen in Kindertagesstätten und (Grund-)Schulen, Einrichtung eines kommunalen "Hauses der Gesundheit" mit Schwerpunkt der sexuellen Aufklärung und Prävention, Optimierung der Buslinien der BVG zur verbesserten Erreichbarkeit von Arzthäuser, Krankenhäuser und Kliniken. Als Ergebnis besitzt Marzahn/Hellersdorf eines der modernsten, unbürokratischsten und logistisch sinnvollsten Konzepte der gesundheitlichen Daseinsvorsorge und dient als Modellprojekt für andere Kommunen bundesweit. Diese Initiative wurde von der Linksfraktion konzeptioniert und von allen anderen Fraktionen unterstützt.

Jugendbeteiligung im Bürgerhaushalt - Projekt "Jugend übernimmt Verantwortung" (Berlin)

Im Bezirk Lichtenberg gibt es den ersten Bürgerhaushalt in einer "Großstadt-Kommune". Aber damit nicht genug. Lichtenberg ist auch sehr um Jugendbeteiligung bemüht, besonders um selbstorganisierte. Im Zuge einer Jugendkonferenz wurde auch die Forderung in den Bürgerhaushalt eingebracht, dass Jugendliche völlig selbstständig im Rahmen einer Jugendjury Projekte von und für Jugendliche fördern können. Diese Idee wurde dann auch umgesetzt. Inzwischen entscheidet schon im zweiten Jahr eine Jury von Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 21 über einen Förderfonds in Höhe von 20.000 Euro. Die Jugendlichen gestalten dabei das gesamte Verfahren selbst. So wurde die Förderhöhe an die Bedürfnisse der Antragsteller angepasst, aber auch die Förderkriterien haben sich die Jugendlichen selbst ausgedacht. Um Nachhaltigkeit zu sichern, übernehmen die Jurymitglieder Patenschaften für die geförderten Projekte. Außerdem übernehmen die Jurymitglieder auch immer mehr Verantwortung bei der Koordination des Projektes, die im Moment bei erfahreneren jungen Erwachsenen (20-24 Jahre) eines selbstorganisierten Jugendbüros liegt. Das besonders Wertvolle bei diesem Projekt ist die Rollenverteilung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen: Das Jugendamt und der fachlich zuständige Dezernent lassen der Jury alle Freiheiten für inhaltliche Entscheidungen, unterstützen die Jury aber, wo sie nur können. So wird die Antragsabwicklung mit Zuwendungsbescheid direkt im Jugendamt erledigt, so dass die Jury bei administrativen Aufgaben zwar unterstützen kann, aber nicht gezwungen ist, diese selbst zu erledigen. Des Weiteren hat Lichtenberg eine Koordinierungsstelle für Jugendbeteiligung geschaffen. Auch dort wird der Jury administrative Arbeit abgenommen wie Nachfragen der Jury gegenüber Antragstellern erledigen oder Antragsformulare zusammenstellen. Deshalb ist die Mitgliedschaft in der Jury auch für unerfahrene Jugendliche ohne Probleme möglich. Das einzige, was sie mitbringen sollten, ist Interesse und Kontinuität, da die Jury im Schuljahres-Rhythmus neu besetzt wird und in dieser Periode zwei Entscheidungsrunden sowie die oben erwähnten Patenschaften bewältigen muss. Übrigens: Über die Besetzung der Jury entscheidet ein Gremium, in dem Erwachsene (Jugendhilfeausschuss und Jugendamt) und Heranwachsende (Bezirksschülerausschuss und selbstorganisiertes Jugendbüro) paritätisch vertreten sind. Sicher wird sich das noch zugunsten der Jugendlichen verschieben, wenn ehemalige Jurymitglieder auch in das Gremium aufgenommen werden.

Mehrgenerationenhaus (Biblis)

Das Mehrgenerationenhaus soll Menschen verschiedenen Alters Raum bieten, sich zu begegnen und von den Kompetenzen der Mitbewohner zu profitieren. Es soll ein offener Ort sein, an dem der Austausch und das Miteinander von Jung und Alt im Vordergrund steht. Dienstleistungen sollen angeboten werden, vorausgesetzt die Nachfrage ist da. Beispielsweise könnte ein Cafe morgens ein Frühstück, mittags ein Mittagessen und später Kaffee und Kuchen anbieten. Des Weiteren können Spiel und Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder angeboten werden.

Unterhaltung des Gailschen Parks (Biebertal)

Als einen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung in Biebertal kann man durchaus den Erhalt und die Unterhaltung des so genannten Gailschen Parks betrachten. Der Gailsche Park wurde um 1880 als ein englischer Landschaftspark im Auftrag des Gießener Zigarrenfabrikanten Gail geschaffen. Jedoch war dieser 2,5 ha große Park bis zum Verkauf im Jahr 2000 Privatbesitz und damit nicht für die Bevölkerung zu besichtigen. Als dann im Jahr 2000 der Verkauf geplant wurde, bestand zunächst die Gefahr, dass ein Großteil des Parks durch die Aufteilung in Baugrundstücke zerstört wurde. Doch gemeinsame Anstrengungen der Gemeinde Biebertal und eines Fördervereins führten letztendlich dazu, dass der Park in seiner ursprünglichen Form erhalten werden konnte. Positiv zu vermerken ist hier auch, dass ein Unternehmen aus einer Nachbargemeinde eine Abteilung ausgegliedert und in der Villa auf dem Parkgelände untergebracht hat. Dafür finanziert das Unternehmen die Unterhaltung dieser Villa aus dem 19. Jahrhundert. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit von Gemeinde, Förderverein und Wirtschaft ermöglicht es nun den Biebertaler Bürgerinnen und Bürgern diesen schönen Park, der mehr als 100 Jahre unzugänglich war, zu nutzen. Mittlerweile hat dieser englische Landschaftspark aufgrund seiner intelligenten Raumaufteilung und Gartenarchitektur einen hohen Bekanntheitsgrad in der Region Mittelhessen erreicht. Er spielt damit eine große Rolle im Touristikkonzept der Gemeinde Biebertal.

Entwicklung der Goitzsche (Bitterfeld)

Die Goitzsche ist ein altes Tagebaurestloch, welches geflutet und zum Naturschutzgebiet erklärt worden ist. Seit dem finden auf einer Halbinsel viele Konzerte (z.B das Splash) statt. Auch kann man an der Goitzsche baden, natürlich nur an ausgewiesenen Plätzen, sowie Skaten und Fahrrad fahren, segeln und viele weitere tolle Aktivitäten in Anspruch nehmen. Die Goitzsche war auch schon Expo-Projekt, da wir den einzigen schwimmenden Turm in Europa haben.

Auch in Zukunft sicher - mit neuem Gerätehaus (Brake)

Brake hat drei Feuerwehren, in der Stadtmitte die Schwerpunktfeuerwehr Hafestraße und in den Stadtteilen Golzwarden und Hammelwarden jeweils eine Stützpunktfeuerwehr. Das Gerätehaus in Hammelwarden ist in einem schlechten Zustand, das Gebäude ist ca. 80 Jahre alt. Zum einen ist die Bausubstanz schlecht, die Fläche zu klein und von der Energieeffizienz absolut kein Vorbild für ökologischen Umgang mit den Ressourcen. Drei unabhängige Feuerwehren in einer Stadt ist durchaus ein Luxus. Dies hat neben der hohen Brandlast aufgrund des Hafens noch andere Gründe. Diese Struktur ist historisch gewachsen. Die Verknüpfung zu Nachhaltigkeit ist folgende: Die Feuerwehren sorgen in Brake nicht nur für Sicherheit. In den Stadtteilen sind sie ebenso etwas wie der Mittelpunkt des Dorflebens. Nicht als "Saufvereine", sondern mit Tatkräftiger Hilfe bei Veranstaltungen. So wird der soziale Zusammenhalt in den eher dörflich geprägten Stadtteilen Hammelwarden und Golzwarden gestärkt.

Ein Zweiter Nachhaltigkeits-Aspekt im Bereich Soziales ist die Gewinnung neuer Mitglieder für die Wehren. Nur durch die drei Standorte kann die Stadt Zuwächse bei der Zahl der aktiven Feuerwehrkameraden verbuchen. Durch die erfolgreiche Jugendarbeit werden jedes Jahr neue Mitglieder gewonnen. Das sichert den Brandschutz der Stadt - nachhaltig. Aber auch ökologisch ist der Neubau sinnvoll. Das alte Gerätehaus ist nicht mehr auf dem neuesten technischen Stand und verschwendet deshalb besonders viel Energie. Das neue Gebäude wird auch unter ökologischen Gesichtspunkten gebaut und geplant - dies war fester Bestandteil des Architektenwettbewerbs der durchgeführt wurde.

Jugendgemeinderat (Brand)

In der Gemeinde Brand gibt es einen Jugendgemeinderat. Jugendgemeinderat, das bedeutet Mitbestimmung von Jugendlichen, das heißt Jugendliche kümmern sich selbst um „ihre Angelegenheit“, sie wollen ihren Wünschen und Verbesserungsvorschlägen im Rathaus Gehör verschaffen. Nach langer Vorbereitungszeit war es dann im Februar 2001 endlich soweit: Die Brander Jugendlichen waren aufgerufen, ihre Vertreter in den Jugendgemeinderat zu wählen. Zwar lief die Arbeit des Jugendgemeinderates am Anfang eher schleppend an, aber bereits ab der 2. Wahlperiode im Jahr 2003 ging es dann richtig in die Vollen! Es galt, einen lang ersehnten Wunsch endlich Wirklichkeit werden zu lassen, nämlich die Schaffung von eigenen Räumen für die Jugendlichen, in denen sie sich ungestört Treffen und gemeinsame Aktivitäten anstoßen können. Bereits im Oktober des gleichen Jahres (2003) konnten die Räumlichkeiten feierlich eröffnet werden. Mit Kicker, Billard, Tischtennis und Dart war für genügend Spielmöglichkeiten gesorgt worden. Der Raum war von den Jugendlichen selbst gestaltet und eingerichtet worden.

Aber nicht nur darum kümmert sich der Jugendgemeinderat. Mit vielen Veranstaltungen (Ferienprogramme, Grillfeste, Tagesfahrten, Infoveranstaltungen, Discos, Spieleabende, Kinonachmittage, Jungbürgerversammlungen, Karaoke-Shows, Müllaufräumaktionen, Kegelaabende, ...) wird versucht, Abwechslung in den Alltag der Jugendlichen zu bringen. Ein absolutes Highlight war der Tanzkurs mit über 90 Teilnehmern, der im Herbst/Winter 2004/2005 abgehalten wurde. Als am Ende des Tanzkurses der krönende Abschlussball abgehalten wurde, konnte die Bevölkerung von Brand und Umgebung deutlich erkennen, dass aus den einst unorganisierten Jugendlichen eine aktive und verlässliche Gruppe geworden ist, bei der Zusammenhalt groß geschrieben wird. Im Jugendraum wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich um die anfallenden Arbeiten (Aufsicht, Getränkeanschaffung und Verkauf, Ordnung und Sauberkeit, usw.) kümmert. Der Jugendbürgermeister, der aus den Reihen des Jugendgemeinderates gewählt wird, hat im Gemeinderat zu Jugendthemen (also Themen, die zuvor im Jugendgemeinderat behandelt wurden) auch Mitspracherecht.

Wiederbelebung der Altstadt (Dachau)

Dachau ist eine Stadt im Münchener Norden, die neben der KZ- Gedenkstätte (derentwegen wohl die meisten Besucher nach Dachau kommen) auch einige sehr alte Traditionen und eine historische Altstadt zu bieten hat. In dieser Altstadt waren früher einige unterschiedliche Betriebe und Geschäfte angesiedelt. Vor mehreren Jahren wurden jedoch zwei große Gewerbegebiete an den Rändern Dachaus ausgewiesen, was zur Folge hatte, dass viele kleine Betriebe in der Altstadt schließen mussten, und die Altstadt nun seit mehreren Jahren regelrecht „ausstirbt“. Dazu wurde einer der größten Arbeitgeber Dachaus (eine Papierfabrik, die in der Altstadt untergebracht war) letztes Jahr geschlossen. Eine große Herausforderung in der Dachauer Kommunalpolitik ist es nun, die Gestaltung der Stadt so anzugehen, dass die einzelnen Stadtteile für ihre Bewohner attraktiv bleiben, und dort Gewerbe anzusiedeln, das trotz der Anwesenheit großer Gewerbegebiete funktionieren kann, ohne jedoch die Umwelt stark zu belasten. Um die Situation zu verbessern und die Bürger mehr am Geschehen zu beteiligen fördert die Stadt beispielsweise ein Projekt namens „integrative Stadtentwicklung“, bei dem Bürger an Thementischen über die Entwicklung der Stadt diskutieren können. Ein weiteres Projekt ist die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs zur weiteren Nutzung der nun leerstehenden Papierfabrik und des dazugehörigen Geländes. Außerdem finden regelmäßig Kulturveranstaltungen in der Altstadt statt. Gerade die Wiederbelebung der Dachauer Altstadt ist enorm wichtig für die Stadt, auch um die eigene (kulturelle) Eigenständigkeit zu erhalten, und um nicht zu einem großen Gewerbegebiet bzw. einer Schlafstadt am Rande Münchens zu werden.

Investition in neue Gewerbeflächen zu Lasten des aktuellen Haushalts (Damme)

Anfang dieses Jahres hat unser Rat beschlossen, die Hofstelle "Schwertmann" auszusiedeln. D.h. ihre gesamte Hofstelle wurde in den städtischen Außenbereich verlegt. Damit hat die Stadt Damme nun die Möglichkeit, eine Fläche von 36 Hektar Gewerbegebiet zu erschließen, da dieses Areal nicht mehr von Emissionen belastet war. Als Entschädigung wurde eine hohe Summe bezahlt, welche zu neuen Kreditaufnahmen der Stadt führen wird. Auch gab es heftigen Protest der Anwohner, die in ihrem Dorf die Neuansiedlung der Hofstelle verhindern wollten. Profitieren wird die Stadt von dieser Entscheidung wohl erst in 20-25 Jahren. Da dann, so hoffen wir, die Gewerbesteuererinnahmen sprudeln werden.

Energiewende 2030 (Ebersberg)

Der Kreisrat im Landkreis Ebersberg beschloss 2006 einstimmig bis zum Jahr 2030 den Landkreis energie-autark von endlichen Energieressourcen machen zu wollen.

Demografie-Ausschuss (Engelskirchen)

Die Gemeinde Engelskirchen befindet sich seit vielen Jahren in dem so genannten "Haushaltssicherungskonzept". Große Ausgaben sind nicht möglich und sollten diese doch anstehen, müssen sie streng nach einer Prioritätenliste abgearbeitet werden. Diese steht unter Aufsicht des NRW-Innenministeriums bzw. der Bezirksregierung. Den "Input" für Nachhaltigkeit kann man also nur Stück für Stück liefern und er ist situationsabhängig. Muss ein Gebäude saniert werden, wird darauf geachtet, ob sich z.B. Solarzellen etc. rentieren, aber für Großprojekte im Sinne der Nachhaltigkeit ist kein Geld da. Als Element, welches die Nachhaltigkeit dennoch steuern möchte, wurde ein "Demografie-Ausschuss" eingerichtet. Dieser befasst sich speziell mit Fragen des demografischen Wandels (z.B. Ausweisung von Baugebieten für junge Familien, Einrichtung von offenen Ganztagschulen, Angebote für Senioren). Jede Entscheidung aus anderen Ausschüssen oder dem Rat kann in den Demografie-Ausschuss geholt werden. Er ist den anderen Ausschüssen nicht übergeordnet, sondern läuft parallel. Oft wird auch externer Sachverstand zu Rate gezogen (öfter als in anderen Ausschüssen) und bei der Besetzung wurde darauf geachtet, dass von jeder Partei auch die Funktionsträger vertreten sind. So soll der Stellenwert des Ausschusses unterstrichen werden.

Dorferneuerung im Ortskern (Feilitzsch)

Im Zuge der Dorferneuerung wird in diesem Jahr in Feilitzsch in die Zukunft investiert. Neben der Erneuerung des Kanals sowie der Wasserleitungen wird der Mittelpunkt des Dorfes attraktiver gemacht. Es entsteht ein Mehrgenerationenhaus, eine Physiotherapie und ein Gebäude für eine Apotheke. Mit dieser Investition soll für die Zukunft vorgesorgt und der Dorfkern wiederbelebt werden.

Jugendsozialarbeit an der Volksschule (Forchheim)

Die Adalbert-Stifter-Schule in Forchheim versucht alle Schülerinnen und Schüler sozial in die Schule einzubinden und eine gute Vermittlung beim Übergang Schule-Beruf zu gewährleisten. Die Schulsozialarbeit wird vom Freistaat Bayern gefördert. Angeboten werden unter anderem: Schülercafé, Fahrradwerkstatt, Schulfrühstück, sozialpädagogische Betreuung (in Gruppen und einzeln), Elternarbeit, Mädchenprojekt, Jungenprojekt. Außerdem werden Streitschlichter ausgebildet.

Neubau von Dunkelampelanlagen - Querungshilfen für mehr Sicherheit (Geeste)

Der Neubau einer Dunkelampelanlage - begrifflich sicherlich schwer zu fassen, soll doch eine Ampel dem Wortlaut zufolge klar und hell sein. Die Möglichkeit zur Errichtung dieser Ampelanlagen gibt die niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr seit kurzem den niedersächsischen Kommunen. Die ländlich geprägte Gemeinde Geeste nutzte unmittelbar diese Chance zur Sicherung der von Fußgängern und Fahrradfahrern besonders stark frequentierten Straßenübergänge. Bereits in der Vergangenheit gab es stets Bemühungen, insbesondere einige für Schulwege wichtige Kreuzungsbereiche durch Ampeln gesondert abzusichern. Gescheitert war die Genehmigung durch die Straßenbaulastträger stets an den zu geringen Verkehrsquerungszahlen, vor allem aus den Seitenstraßen, an den jeweiligen Standorten. Die innovative Dunkelampel ist nun wie eine normale Ampel anzusehen, die nur funktioniert, wenn jemand darauf drückt. In der sonstigen Zeit ist die Ampel ausgeschaltet. Durch aktuell drei dieser Anlagen im Gemeindegebiet kommt der Gemeinderat seit Herbst 2007 dem langen Wunsch der Bürger nach nachhaltiger Absicherung der gefährlichen Kreuzungen nach. Neben dem größten Vorteil, der Sicherung der Schulwege, ist ein weiterer positiver Aspekt dieser Anschaffungen, dass die bisherigen Schülerlotsen - in der Regel Eltern der schulpflichtigen Kinder - nach langer Zeit eine endgültige Entlastung erfahren durften, natürlich nicht ohne den Kindern in einer Übergangszeit die Bedienung der Ampeln zu demonstrieren. Die gewünschte Erhöhung der Verkehrssicherheit für die Zukunft ist auch indiziert durch den freiwilligen

finanziellen Aufwand der Kommune, was angesichts einer pro Kopf Verschuldung von 1012 € (Landesdurchschnitt 545 €) in Zeiten der totalen Konsolidierung als nicht selbstverständlich angesehen werden darf. Nach den positiven Erfahrungen in den ersten Monaten läuft momentan das Genehmigungsverfahren für drei weitere Anlagen.

Erarbeitung eines Klimaschutzaktionsprogramms (Gehrden)

In meiner Heimatstadt Gehrden wird zurzeit in Zusammenarbeit mit der Klimaschutzagentur der Region Hannover und den Bürgern ein sogenanntes „Klimaschutzaktionsprogramm“ erarbeitet. Diese Idee wurde u.a. von meiner Partei in den Rat der Stadt eingebracht und verabschiedet. Derzeit entwickeln 4 verschiedene Arbeitsgruppen (Regenerative Energien, Mobilität, Wirtschaft und Land- und Forstwirtschaft) verschiedene Ansätze, um das Klima nach dem Motto "Global denken – Lokal handeln" vor Ort zu schützen. Dieser Prozess ist natürlich ergebnisoffen und es ist unter anderem meine Aufgabe als jüngstes Ratsmitglied darauf zu achten, dass das zu beschließende Programm am Ende nicht nur Soll-Bestimmungen enthält, sondern feste Regeln beinhaltet, die die Stadt zu gewissen Aktionen verpflichtet.

Musik zur Sprachförderung in Kindergarten (Germering)

In einem Kindergarten mit 2 Gruppen à 25 Kinder wird durch eine zusätzliche Kraft seit nunmehr 6 Jahren durch eine Musikerzieherin musikalische Sprachförderung betrieben. Dabei erhalten die Kinder, jeweils in 8er Gruppen, pro Woche insgesamt eine Dreiviertelstunde pro Gruppe Musikerziehung, bei der Sprachrhetorik und Rhythmik in Form von musikalischer Geschichtenerzählung geschult werden. Intention dieses Projektes ist es, das Sprachverständnis der Kinder zu verbessern, ohne dabei Kinder auszuschließen. Hierbei werden viele Ängste und Integrationsprobleme durch die Musik überwunden.

Das Element Wasser erlebbar machen! (Göttingen)

Im Göttinger Süden befindet sich der Kieselsee; der Kieselsee ist für viele Göttinger ein attraktiver Naherholungs- und Aufenthaltsort. In den sechziger Jahren wurde das Kieselseegebiet als bedeutendes Sport- und Naherholungsgebiet im Südwesten Göttingens fertig gestellt. Mittlerweile hat sich die Wasserqualität des Sees jedoch so verschlechtert, dass zumindest das aktive Erleben des Elements Wasser nicht mehr möglich ist. Auch für die Tierwelt im See verschlechtert sich die Situation zusehends. Meine Zielvorstellung für das Gebiet im Südwesten Göttingens geht dahin, die Fläche des Kieselsees gegebenenfalls zu erweitern, aber zumindest eine optimale Erschließung der Randbereiche des Sees zu erzielen. Der bestehende Konflikt zwischen Naturschutz und Erholung soll durch mehr Raum am See abgeschwächt werden und es soll möglichst zu einer räumlichen Trennung der konkurrierenden Nutzungen kommen. Die Wasserqualität soll nachhaltig verbessert werden und der See soll Tieren und Pflanzen wieder als besserer Lebensraum dienen. Gleichzeitig soll den Bürgern der Stadt das Element Wasser als kostbares Gut näher gebracht, sowie erlebbar gemacht werden.

Familienfreundliche Siedlungspolitik im demografischen Wandel (Grävenwiesbach)

Die Gemeinde mit derzeit 5.395 Einwohnern liegt im Taunus am nördlichen Rand des Ballungsraumes Frankfurt/ Rhein-Main. Dieser wird hinsichtlich der Entwicklung der Gesamtbevölkerung noch etwa 10 Jahre lang einen positiven Bevölkerungssaldo aufweisen. Die Entwicklung der Gesamtbevölkerung sowie der Bevölkerungsstruktur hat weit reichende Auswirkungen auf kommunaler Ebene. Letztlich bedeutet der Zuzug von Bürgern, bis zur Auslastung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen, ein finanzielles Plus für die Gemeinden. Hinzu kommt, dass eine stabile Bevölkerungszahl auch den Bestand der vorhandenen Infrastruktur (gerade im Bereich der freiwilligen Leistungen) sichert. Alle Kommunen stehen im Wettbewerb um Neubürger. Unsere Fraktion hat sich im Wahlprogramm 2006 ausgiebig mit dem Thema des demografischen Wandels beschäftigt. Ziel war es ein Paket von Maßnahmen zu schnüren um unsere Gemeinde familienfreundlicher, damit interessanter für Zugzugswillige und somit für den demografischen Wandel zu gestalten. Hierzu haben wir im Bezug auf die Flächenplanung zwei konkrete Maßnahmen durchgesetzt: 1. Schaffung eines neuen attraktiven Baugebietes in Südhanglage, unmittelbar angrenzend an die Grundschule mit einem neu

geschaffenen Betreuungszentrum. 2. Bauplatzbewerber für das neu geschaffene Baugebiet, in deren Haushalt mehr als zwei Kinder leben, erhalten für das dritte und jedes weitere Kind einen Nachlass auf den ermäßigten Quadratmeterpreis bis zu einem festgelegten Maximalbetrag pro Kind und pro Grundstück.

New Public Management in der Kommune (Groß-Gerau)

Um die Zukunftsfähigkeit der kommunalen Verwaltung in Zeiten steigender Verschuldung und steigendem Anspruchsdenken der Bürger zu sichern, ist ein effizienterer Ressourceneinsatz notwendig. Instrumente wie Public Privat Partnership (PPP) können die Finanzierung von wichtigen Infrastrukturvorhaben sichern und gleichzeitig Kosten im Vergleich zur herkömmlichen kommunalen Trägerschaft senken. So prüft etwa die Kreisstadt Groß-Gerau den Neubau eines Feuerwehrstützpunktes mit Hilfe von PPP. Aber auch intern lassen sich Strukturen der Kommunalverwaltung mit modernen Managementinstrumenten verbessern. So führt etwa eine leistungsabhängige Vergütung zu effektiverer Arbeit, Maßnahmen wie Benchmarking, Controlling oder ein entwickeltes Kontraktmanagement zwischen Rat und Verwaltung führen zu einer erhöhten Steuerungsfähigkeit der modernen, outputorientierten Kommune, die ihre Bürger als Kunden begreift.

Integrative Jugendarbeit vor Ort (Hannover)

Im hannoverschen Stadtteil Misburg gibt es seit einiger Zeit das Jugendzentrum „Villa“. Das Angebot richtet sich sowohl an Deutsche als auch an Jugendliche mit Migrationshintergrund. Ebenso wichtig ist, dass Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Schulformen regelmäßig die „Villa“ besuchen. Die im Jugendzentrum arbeitenden Betreuer bieten den Jugendlichen umfangreiche Möglichkeiten zur Gestaltung des Nachmittags (Outdoor-Fußballturniere, Lan-Partys, Freiluftkino, Tanzkurse, Koch- und Backkurse sowie Radtouren, gemeinsame Ausflüge, etc). Besonderer Schwerpunkt ist die Förderung der Selbstorganisation der Jugendlichen, was konkret durch das Delegieren von Verantwortung und Kompetenzen an die Jugendlichen geschieht, die zum Beispiel für die Organisation einer AG oder für das Aufstellen gemeinsamer und allgemeingültiger Regeln verantwortlich sind. Auch alle weiteren Veranstaltungen werden durch die Jugendlichen und mit Unterstützung der Pädagogen so weit wie möglich selbstständig organisiert. Darüber hinaus sollen den Jugendlichen Methoden- und Schlüsselkompetenzen im Umgang mit Medien vermittelt werden. Weiterhin pflegt das Jugendzentrum „Villa“ enge Kooperationen mit anderen Akteuren im Stadtteil (andere Jugendtreffs, örtliche Real- und Hauptschule, Polizei, Sportvereine, Kirchen). Außerdem werden aktuell Programme zum Thema „Toleranz und Respekt“ sowie „Wir kümmern uns selbst – Konfliktlösung im öffentlichen Raum“ zusammen mit anderen Akteuren durchgeführt.

Mir scheint diese Einrichtung besonders zukunftsorientiert und nachhaltig, da sie sich um gesellschaftliche Probleme kümmert und teilweise sogar eine präventive Rolle einnimmt. Konkret heißt das: Durch die Teilnahme an verschiedenen Aktionen findet sukzessive eine Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund statt, die verhindert, dass sie sich in eine „Parallelgesellschaft“ zurückziehen. Außerdem wird durch dieses Projekt ein wesentlicher Grundstein für ein angemessenes Zusammenleben verschiedener Nationen und Kulturen gelegt, der positive Auswirkungen auf die zukünftige Lebensgestaltung der Jugendlichen haben kann.

Gewinner sind die Kinder: Erste deutsche Großstadt, welche die Kindergartengebühren abgeschafft hat! (Heilbronn)

Heilbronn hat als erste deutsche Großstadt zu Beginn dieses Jahres die Gebühren für Kindergartenplätze abgeschafft. Die bundesweite Resonanz zum gebührenfreien Kindergarten in Heilbronn ist phänomenal. Landesweite Gebührenvergleichsstudien bestätigen, dass es einen klaren Gewinner gibt, nämlich Heilbronn und seine Kinder. Im Gemeinderat wurde eine große Mehrheit für einen gebührenfreien Kindergarten für alle Jahre in Verbindung mit einer Qualitätsoffensive gefunden. Die Befürchtung, dass die Qualität bei Gebührenfreiheit sinke, ist inzwischen auch durch Untersuchungen widerlegt. Heilbronn stößt somit auf bundesweites Interesse. Nicht zuletzt stellt die Abschaffung der Kindergartengebühren, auch die deutlich größte Abgaben- und Steuerreduzierung in der Geschichte der Stadt Heilbronn dar. Noch nie wurden die Bürger von kommunalen Abgaben vom einen auf den anderen Tag um 2,4 Mio. Euro entlastet, hier zielgerichtet Familien mit Kindern zwischen 3 und 6 Jahren.

Dass wir Kinder als Chance begreifen und nicht als Last ist der dringende Appell an die Zukunft. Kostenlose Kindergärten liegen im Trend. Heilbronn ist in eine Vorreiterrolle gegangen. Kinder sind unsere Zukunft und was gibt es schöneres als hier für Nachhaltigkeit zu sorgen.

Sparsamer Umgang mit Energie in kommunalen Liegenschaften (Hemmingen)

Zahlreiche kostenintensive Sanierungen der kommunalen Liegenschaften in der Stadt Hemmingen sind in den letzten Jahren durchgeführt worden. Im Energiebericht sind auch signifikante Einsparungen zu verzeichnen. Aber das Verhalten der Verbraucher/Nutzer ist eines der entscheidenden Mittel, um Energie zu sparen. Deswegen haben wir einen Antrag eingebracht, der vorsieht, dass kommunale Liegenschaften an ihrem Einsparerfolg unmittelbar beteiligt werden. Konkret: Spart die Schule 500 € an Wasser, Gas und Strom, muss die Stadt Hemmingen 250€ weniger Energie zahlen und die anderen 250€ gehen an die Schule zur freien Verfügung zurück. Wenn also nicht mehr die anonyme Allgemeinheit zahlt, sondern jeder durch sein nachhaltiges Handeln am Erfolg beteiligt wird, wird Sparen Spaß machen und noch schonender mit Ressourcen umgegangen werden.

Mensa im Passivhausstandard (Hemmingen)

Im Zuge der Umwandlung der KGS Hemmingen in eine Ganztagschule wurde eine Mensa benötigt. Im Rat wurde beschlossen eine Mensa im Passivhausstandard zu bauen. Die Baukosten sind höher als bei konventionellen Bauten, aber die Einsparungen bei den Unterhaltungskosten gleichen dies nach gewisser Zeit aus. Nach dem Motto "Verluste minimieren und passiv solare Energie gewinnen" funktioniert ein Gebäude in Passivhausstandard. Durch eine hohe Wärmedämmung, den Einsatz einer Lüftungsanlage und hoch gedämmte Fenster mit Dreifach- Wärmeschutzverglasung spart man Energie und langfristig Kosten.

Grubengasbetriebenes Blockheizkraftwerk (BHKW) - Nachhaltige und regenerative Stromerzeugung in Herne (Herne)

In Herne ist um die Jahrtausendwende ein Energiepark auf einer Zechenbrache entstanden, der „Energiepark Mont-Cenis“. Dieser Park ist in zwei große Projekte unterteilt: Zum einen befindet sich das deutschlandweit größte dachintegrierte Solarkraftwerk an der Außenwand der ansässigen Fortbildungsakademie des Landes NRW, auf der anderen Seite steht das grubengasbetriebene Blockheizkraftwerk (BHKW), auf das ich mein Beispiel beschränken möchte. Das Kraftwerk wurde mit zwei Modulen Ende 1997 in Betrieb genommen. Die BHKW-Module haben eine thermische Leistung von 253 kW und 378 kW. Im Jahr 2000 fand eine Erweiterung um ein zusätzliches Modul, mit einer thermischen Leistung von 1.200 kW, statt. Die drei BHKW-Module erzeugen zusammen jährlich 9.000 MWh Strom und 12.000 MWh Wärme. Der Strom wird ins Netz der Stadtwerke Herne eingespeist; mit der Wärme werden die Akademie Mont-Cenis, eine angrenzende Wohnsiedlung sowie ein Krankenhaus versorgt. Durch den Einsatz von Grubengas werden pro Jahr etwa 60.000 Tonnen Kohlendioxid-Emissionen vermieden. Dies alles wurde möglich, da seit der Stilllegung der Zeche Mont-Cenis im Jahr 1978 jährlich ca. eine Million Kubikmeter des klimaschädigenden Grubengases ungenutzt in die Atmosphäre entwichen sind. Das dadurch gegebene übermäßige Grubengasvorkommen wird nun seit über zehn Jahren für die Energienutzung verwendet. Zusätzlich zu dem ökologischen Aspekt ist hier auch noch der Strukturwandel hervorzuheben, der das Ruhrgebiet bekanntlich stark getroffen hat. Es bestehen demnach zwei wichtige Faktoren.

Ausgliederung der Stadtentwässerung zur langfristigen Verbesserung der Haushaltslage (Hildesheim)

In einer Stadt wie Hildesheim gibt es eine ganze Reihe von Projekten, die etwas mit nachhaltiger Politik zu tun haben. Unsere wichtigste Aufgabe ist es momentan angesichts von 300 Millionen Euro Schulden allerdings, eine nachhaltige Entwicklung zu gestalten, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Trotz eines eisernen Sparwillens gelingt es uns nicht einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen bzw. sogar Schulden abzubauen, die es den kommenden Generationen ermöglicht genau den gleichen finanziellen Freiraum zu genießen, wie es die heutige tut. Aufgrund u.a. erdrückender Soziallasten haben wir es in der Stadt Hildesheim geschafft umzudenken. Wir haben uns dabei gefragt, was muss eine Kommune wie die Stadt Hildesheim selbst noch leisten und was kann ein evtl. Dritter besser machen als die Stadt selbst. Vor diesem Hintergrund haben wir ein betriebswirtschaftliches Gutachten zu Optimierung des heute vorhandenen Regiebetriebes der Abwasserentsorgung in Auftrag gegeben. Ein Ziel dabei ist es die Haushaltslage langfristig zu verbessern. Das Ergebnis dieser Begutachtung war die Umwandlung des Regiebetriebes in ein AöR-Betriebsführungsmodell, was der Stadt eine finanzielle Spritze von ca. 140 Millionen Euro beschert und gleichzeitig das Anlagevermögen der Abwasserentsorgung im 100% Eigentum der Stadt belässt. Dieser Schritt wird uns bei den kommenden Haushaltsberatungen etwas Spielraum gewähren, um nach langen Jahren der Verschuldung ein Haushaltskonsolidierungskurs durchführen zu können. Dies sichert der heutigen, wie auch den zukünftigen Generationen langfristig die Lebensgrundlagen.

Zukunftsorientierter öffentlicher Personennahverkehr (Hünstetten)

Der bedarfsorientierte Ausbau und Umbau von Nahverkehrsnetzen, speziell im ländlichen Raum, hat nicht nur im Anbetracht steigender Energiekosten und des steigenden ökologischen Bewusstseins eine bedeutende Rolle im Alltag unserer Kommunalpolitik erlangt, sondern spielt auch eine besondere Rolle bei der Vernetzung mit und von Kleinzentren.

Es ist ein zentrales Thema nachhaltiger Politik, für jeden die Möglichkeit zu schaffen, sich unabhängig von individuellen Verkehrsmitteln innerhalb einer Flächengemeinde und auch interkommunal (z.B. zu Schulzentren oder Kultureinrichtungen) bewegen zu können. Dies gilt vor allem, da der Zugang zu individuellen Verkehrsmitteln einerseits altersmäßig beschränkt ist, und andererseits zunehmend aus finanziellen Gründen auch zu einem sozialen Hindernis wird. Nicht zuletzt durch die Einberufung einer ÖPNV - Kommission nach § 72 HGO, in der sich sachkundige und interessierte Bürger unmittelbar an der politischen Entscheidungsfindung beteiligen können, hat unsere Gemeinde einen großen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit getan.

Fernwärmenetz (Hürth)

Hürth ist stark industriell geprägt. In den Kraftwerken fallen enorme Kapazitäten an Abwärme an. Vor 40 Jahren hat der Stadtrat die ersten Schritte eingeleitet, diese Abwärme in Form eines Fernwärmenetzes für die Bevölkerung nutzbar zu machen, und die Umweltbelastungen durch Öl und andere Heizstoffe zu reduzieren. Inzwischen beziehen 50,2% der Hürther ihren Wärmebedarf aus diesem Netz, und der Ausbau geht immer weiter. Die Nachfrage ist riesig, weil die Preise nur zu einem geringen Anteil von der Ölpreisentwicklung abhängen - die Versorgung mit Fernwärme ist für den Abnehmer günstiger als mit Ölheizung, Erdgas, oder Erdwärme. Die Stadtwerke Hürth zählen zu den zehn günstigsten Anbietern von Fernwärme in Deutschland, und bieten ein umfangreiches Servicepaket. Trotzdem schreiben sie seit einigen Jahren eine "schwarze Null".

Der lokale Gasversorger hat das auch erkannt, und treibt den Ausbau des Fernwärmenetzes gemeinsam mit den Stadtwerken in einer Wärmegesellschaft voran - davon hat er mehr, als in eine Konkurrenz zu treten, in der er nicht bestehen könnte. Für Neubaugebiete besteht Anschlusszwang, in Altbaubereichen ist der Anschluss freiwillig. In den letzten Jahren wurden verstärkt große Gewerbebetriebe angeschlossen, inzwischen werden aber auch wieder vermehrt Lücken in Wohngebieten geschlossen. Was die Emissionen angeht, so wurden 2007 durch die Fernwärme im Vergleich zu Ölheizungen 33.474 Tonnen CO₂ eingespart, außerdem 162 Tonnen SO₂ und 38 Tonnen NO_x. In einigen Jahren besteht die Möglichkeit, beim Auslaufen des bisherigen Liefervertrags durch clevere Alternativen die Ökobilanz noch weiter zu verbessern. Das Fernwärmenetz in Hürth wurde als langfristiges Projekt mit dem Ziel, Umweltbelastungen zu reduzieren, auf die Schiene

gesetzt. Seit 40 Jahren wird engagiert an diesem Ziel gearbeitet. Investitionen wurden und werden dabei nicht nur mit Blick auf kurzfristige Erträge getätigt, sondern immer perspektivisch auf die Zukunft hin gerichtet. Umwelt, Einwohner und Wirtschaft in Hürth profitieren davon.

Regionales Profil (Idsteiner Land)

Das Idsteiner Land mit seinen vier Kommunen umfasst mit etwa 55.000 Einwohnern rund ein Drittel des gesamten Rheingau-Taunus-Kreises und bietet damit etwa gleich vielen Menschen eine Heimat wie der Rheingau. Die Betrachtung einer Region wird künftig eine stärkere Rolle spielen als nur der Blick auf eine Gemeinde oder gar nur einen Ortsteil. Es kann eben ein entscheidendes Standortkriterium sein, ob man als Gemeinde der Region "Idsteiner Land" mit allumfassenden Infrastrukturangeboten wahrgenommen wird - oder etwas eingeengt als Flächengemeinde mit 10.000 Einwohnern in 10 Ortsteilen.

Bürgersolaranlage (Langen)

Eine Solaranlage auf städtischen Gebäuden. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Langen finanzieren diese Solaranlage über Darlehen und werden am Gewinn beteiligt. Die Stadtwerke beteiligen sich ebenfalls an der Finanzierung und am Gewinn und organisieren die Darlehensvergabe an die Bürgerinnen und Bürger.

Energetische Sanierung - Stadt geht voran! (Lehrte)

Wir haben in unserer Kommune einige ältere städtische Gebäude. Auf politischen Willen beruhend haben wir ein 5 Jahresfinanzprogramm aufgelegt. Für die gesamte Zeit stehen in unserem Haushaltsplan Gelder zur Verfügung, um unser Rathaus, unsere Turnhallen, und andere öffentliche Gebäude energetisch zu sanieren. Zusätzliche Wärmedämmung und neue Dächer bringen uns Einsparungen, die unserer Nachwelt nicht mehr auf der Tasche liegen.

Schulentwicklung (Limburg-Weilburg)

Kein anderes Thema im Landkreis Limburg Weilburg steht mehr unter der Maxime Nachhaltigkeit als die Schulentwicklung. Der Schulentwicklungsplan für weiterführende Schulen und für berufliche Schulen wurde in diesem Jahr beraten und abgestimmt. In Hessen muss der Schulträger (in dem Fall der Landkreis) dem Land in regelmäßigen Abständen von fünf Jahren einen Schulentwicklungsplan vorlegen, der aufzeigt, in welche Richtung sich die Schulen entwickeln sollen. Das Kultusministerium prüft anschließend den Plan und erteilt im besten Fall eine Genehmigung. In den letzten Jahren wurde Schulentwicklung jedoch ziemlich klein im Landkreis geschrieben und sich immer wieder um einen wirklichen Schulentwicklungsplan gedrückt. Da nun durch Neuwahlen ein anderer Landrat das Sagen hat, und sich dieser die Schulbildung auf die Fahnen geschrieben hat, gab es im letzten Jahr das erste Mal seit 10 Jahren wieder einen ordentlichen Schulentwicklungsplan. Dieser wurde gegen alle Gewohnheit an eine externe Beraterfirma weitergegeben, um ein möglichst neutrales Gutachten zu erhalten, und die weiteren Beratungen für den Schulentwicklungsplan einfacher zu gestalten. Diese Beraterfirma vertrat in ihrem Gutachten vor allem das Ziel der nachhaltigen Schulentwicklung, was dann anschließend von allen Parteien im Landkreis angenommen wurde. Nur ist Nachhaltigkeit ein weitreichender Begriff. Was ist wirklich nachhaltig in der Schulentwicklung? Sind es zentrale Lösungen, die wenige große Schulen im Kreis bevorzugen, oder doch die dezentrale Lösung? Sollen Schulen geschlossen werden wenn sie nicht die Mindestschülerzahl erreichen. obwohl sie pädagogisch gute Arbeit leisten? Das waren auch die Fragen mit denen sich der Kreistag, aber vor allem der Schulausschuss beschäftigen musste und die das meiste Konfliktpotential enthielten. Trotz aller Streitigkeiten konnten sich alle Fraktionen im Kreis auf eine gemeinsame Lösung einigen. Allein das sich alle Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen und während des ganzen Beratungszeitraum versuchten auch für die betroffene Elternschaft eine größtmögliche Transparenz zu bieten war nach meinem Bemessen schon nachhaltig. Auch die Lösung hatte nachhaltige Aspekte. So wurde beschlossen, dass trotz des Drucks von der Landesebene keine Schule geschlossen werden sollte. Besonders die Hauptschulen sind im Moment stark gefährdet. Um ein wenig dagegen zu wirken wird versucht, die Hauptschulen durch Programme wie SCHUB zu stärken und somit

attraktiver zu machen. Außerdem wurde eine traditionelle Hauptschule zu einer Jena Plan Schule umgewandelt, das bedeutet der Abschluss bleibt der gleiche, jedoch wird die Lehre z.B. durch jahrgangsübergreifenden Unterricht anders gestaltet. Zudem wurde der Elternwille befolgt und eine weitere IGS in Kreis installiert.

Erneuerbare Energie / Bioenergiedorf (Main-Kinzig-Kreis)

Der Main-Kinzig-Kreis (MKK), bekannt durch die Gebrüder Grimm, ist Europas Mittelpunkt und liegt im östlichen Rhein-Main-Gebiet. Mit rund 410.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist der MKK der bevölkerungsreichste Landkreis in Hessen und somit ein Landkreis voller Gegensätze. Während E.ON in der Nähe von Hanau den weltgrößten Kohlekraftwerksblock geplant hat, eignet sich der östlichere Teil des Landkreises hervorragend zur Gewinnung erneuerbarer Energien. Schon heute werden 28 % aller Bürgerinnen und Bürger des Main-Kinzig-Kreis mit heimischem Öko-Strom aus 38 Windkraft-, 6 Biogas, 45 Wasserkraft und über 1600 Fotovoltaikanlagen versorgt. Angesichts steigender Energie-Preise ist die Nutzung erneuerbarer Energien zu einem wichtigen kommunalpolitischen Thema geworden. Jossgrund-Burgjoss, eine Gemeinde des Main-Kinzig-Kreises will den Klimaschutz vorleben und wird Ende 2008 das erste bürgerschaftliche Energie-Versorgungsnetz im Main-Kinzig-Kreis in Betrieb nehmen. Auf einem 3.000 Quadratmeter großen Grundstück wird bis November ein neues Heizwerk mit zwei Biomasse-Kesseln für Grund- und Spitzenlast entstehen um Holz und landwirtschaftliche Biomasse zur Energieerzeugung heran zu ziehen. Das benötigte Holz für den Wärmebedarf beträgt 2 Prozent des jährlichen Holzeinschlag des örtlichen Forstamtes Mittlerweile haben sich 107 von 180 Haushalten des Jossgrunder Ortsteils für einen Anschluss an das gemeinsame Versorgungsnetz entschlossen, Tendenz weiter steigend. Nach der Inbetriebnahme werden jährlich über 400.000 Liter Heizöl und mehr als 1.000 Tonnen CO₂ eingespart. Dass sich fast der gesamte Ort mit dem Bio-Energiedorf identifiziert, belegt die Tatsache, dass 85 Prozent der rund 6,6 Kilometer langen Trasse über private Grundstücke laufen werden.

Kampagne Bioregio (Marburg- Biedenkopf)

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf will bei der Einführung erneuerbarer Energien Vorreiter sein. Ziel ist es, bis zum Jahr 2010 mindestens 10% des hiesigen Energiebedarfes im Landkreis und produzieren und bis zum Jahr 2040 unabhängig von fossilen und atomaren Energieträgern zu werden. Die Kaufkraft für Energie beträgt im Landkreis schätzungsweise mehr als 500 Mio. Euro. Dieses Geld soll an die Region gebunden werden. In dem vom "Kreis- Kompetenzteam Erneuerbare Energien" erarbeiteten Konzept zur Förderung Erneuerbarer Energien werden Potentiale, Aktivitäten und Maßnahmen genannt, welche Schritt für Schritt umgesetzt werden sollen. Hierzu gehören u.a. die verstärkte Nutzung von Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird durch eine professionelle Werbe- und Vermarktungskampagne begleitet. Diese richtet sich an die privaten Verbraucher, öffentliche Einrichtungen, Unternehmen und die Kommunen im Landkreis und soll bei diesen ein positives Investitionsklima schaffen. Ziel des ganzen ist die Stärkung der heimischen Landwirtschaft/ Wirtschaft, die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie mehr Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit im Energiesektor.

Entwicklungskonzept Else-Aue (Melle)

Der Fluss "Else", der meine Heimatstadt Melle durchzieht, ist auf langen Strecken begradigt, mit starrem Trapezprofil und gleich bleibender Geschwindigkeit. Er weist eine fehlende Wasserdynamik auf, hat wenig Bewuchs in den Auenbereichen und es gibt eine landwirtschaftliche Nutzung bis an das Gewässer heran. Ziel des Entwicklungskonzepts Else-Aue ist es, auf der einen Seite die Strukturgüte des Flusses zu verbessern und ihn zu einem natürlichen Fließgewässer zu entwickeln und zugleich die Europäische Wasserrahmenrichtlinie („Erreichen eines guten ökologischen Zustandes“) zu erfüllen. Sinnvollerweise werden hierbei Ausgleichszahlungen, die aufgrund des Baugesetzbuches und der Naturschutzgesetze für die Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten entrichtet werden müssen und Spendengelder der DBU für die Finanzierung des Entwicklungskonzepts Else-Aue gebündelt.

Wohnen im Alter (Melle)

Anfang dieses Jahres wurde in unserer Stadt das Thema "Wohnen im Alter" bzw. "Zukunft des Wohnens in Melle" thematisiert. In Zusammenarbeit mit örtlichen Handwerkern, Architekten, Kreditinstituten, Pflegeeinrichtungen usw. bereitete sich die Stadt auf verschiedene Diskussionsveranstaltungen zu dieser Fragestellung vor. Um eine große Anzahl an Bürgern für dieses Projekt zu gewinnen und von diesen wertvolle Informationen zur persönlichen Wohn- und Lebensplanung im Alter zu erhalten, verschickte die Stadt Melle per Postwurfsendung einen Fragebogen an alle Haushalte. Mit einer Rücklaufquote von über 10% erwies sich diese Befragung als voller Erfolg und dokumentierte auf diese Weise eindrucksvoll das Interesse der Bürger an dieser speziellen Nachhaltigkeitsthematik. Um den Herausforderungen des demografischen Wandels auf lokaler, wie persönlicher Ebene zu begegnen, ist es ein wichtiges Anliegen der Stadt Melle, Ihren Bürgern eine fundierte Hilfestellung zur Wohnplanung im Alter zu geben, mit dem Ziel, Senioren auf Wunsch ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben in Ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Jugendplatz in Rühle (Meppen)

Das Dorf Rühle (Kreisstadt Meppen) hat im Frühjahr einen Jugendplatz eingeweiht. Dabei handelt es sich um ein Modellprojekt, welches komplett von den Jugendlichen, Kindern und Erwachsenen in Rühle erarbeitet wurde. Die Idee entstand 2006 bei einem Gespräch zwischen dem Ortsvorsteher und einigen Rühler Jugendlichen. Nach einigen Gesprächen des Ortsvorstehers mit der Stadt und dem Jugendpfleger, wurde schnell ein Konzept mit den Jugendlichen erarbeitet, wie dieser Platz aussehen könnte. Die Stadt Meppen konnte daraufhin von einem Bauern eine Fläche für eine Dauer von 10 Jahren und der Option mit der Verlängerung um weitere 10 Jahre pachten. Nun konnte mit der konkreten Planung begonnen werden, wobei alles immer unter Beteiligung der Rühler Jugendlichen stattfand. Jetzt mussten "lediglich" noch die Kosten finanziert werden, welches man allerdings mit Hilfe der Firma Exxon Mobile, der Oldenburgischen Landesbank, dem Landkreis Emsland und der Stadt Meppen schnell in den Griff bekommen hatte. Die Umsetzung der Planung in die Realität fand mit starker Unterstützung der Rühler statt, wobei die Jugendlichen und Kinder stark mitgeholfen haben. Somit kann man sagen, dass der Jugendplatz ein vorbildliches Beispiel für jugendliches ehrenamtliches Engagement, aktive Bürgerbeteiligung und gemeinschaftliche Schaffenskraft steht. Die Rühler Jugendlichen haben nun einen Ort geschaffen, an dem sie sich jederzeit treffen und ihre Freizeit verbringen können. Mit relativ geringen finanziellen Mitteln konnte so ein Basketballfeld, ein Beach-Volleyballfeld, eine wetterfeste Tischtennisplatte und eine wettergeschützte Sitzgelegenheit geschaffen werden.

Umstellung des Schlossgutes Kühbach auf erneuerbare Energien (Mering)

Im Frühjahr 2005 wurde damit begonnen, das Schlossgut Kühbach mit seinen Betriebsteilen Brauerei, Land- und Forstwirtschaft komplett auf regenerative Energien umzustellen. Als erster Schritt wurde eine Fotovoltaikanlage mit 120 kW auf den Dächern der Gutsverwaltung installiert. Die Sonnenenergie wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Es folgte ab März 2006 die Errichtung einer Biogasanlage mit einer Leistung von 625 kW, welche Anfang Juli desselben Jahres in Betrieb ging. Die Anlage wird ausschließlich mit nachwachsenden Rohstoffen von den landwirtschaftlichen Flächen der beiden Partner betrieben. Der aus dem Biogas gewonnene Strom wird ebenfalls eingespeist. Um die Abwärme der Biogasanlage nutzen zu können, wurde im Sommer letzten Jahres über eine Strecke von 1,5 km ein Fernwärmenetz bis in die Ortsmitte von Kühbach gebaut. Die Inbetriebnahme erfolgte im Oktober 2006. Seitdem werden die gesamten Liegenschaften des Schlossguts Kühbach, zahlreiche gewerbliche und private Dritte sowie öffentliche Gebäude mit Heizwärme versorgt. 2008 steht der Anschluss mehrerer größerer Wärmeabnehmer (Pfarrer-Knaus-Heim, Pfarrhof, Kindergarten, Schule) an. In der Folgezeit sollen dann die Anbindung bestehender und neuer Gewerbebetriebe und die Erschließung ganzer Straßenzüge zu Privathaushalten hin folgen. 2007 wurde in der ehemaligen Mälzerei eine Hackschnitzelanlage mit einer Leistung von knapp 1.000 kW installiert, um die für die Brauerei erforderliche Prozesswärme zu gewinnen und Versorgungssicherheit für das Wärmenetz zu schaffen. Die Hackschnitzel stammen ohne Ausnahme aus dem eigenen Forst. Den letzten Schritt auf dem Weg zur vollkommenen Erdölfreiheit des Schlossguts Kühbach sollte nach den ursprünglichen Plänen eine Versorgung des gesamten Fuhrparks der Brauerei und der landwirtschaftlichen Maschinen mit selbst erzeugtem, kalt gepresstem

Rapsöl darstellen. Diese war eigentlich noch für 2007 geplant, wurde aber aufgrund einiger ungeklärter Fragen und bestehender technischer Unsicherheiten zurückgestellt. Zwischenzeitlich wird gemeinsam mit der Firma Südsprit in Schrobenhausen ausgelotet, inwiefern eine Versorgung mit Biodiesel, der aus dem eigenen Raps gewonnen werden könnte, als Alternative hierzu in Betracht zu ziehen ist. Durch die Umstellung der Energieversorgung soll zum einen ein Beitrag zum Umweltschutz in der Region geleistet werden.

Folgende greifbaren ökologischen Vorteile sind herauszuheben: Schonung fossiler Energieträger durch den kompletten Umstieg auf nachwachsende Rohstoffe, Gewaltige Einsparung an CO²-Ausstoß, mindestens 4.500 t / Jahr, System der kurzen Wege durch ausschließliche Verwendung nachwachsender Rohstoffe aus der eigenen Land- und Forstwirtschaft, Geschlossener Nährstoffkreislauf durch die Nutzung der vergorenen Einsatzstoffe der Biogasanlage und des Rapsölkuchens auf den landwirtschaftlichen Flächen, Waldbauliche Vorteile durch die Entfernung von Schad- und Restholz aus den Forstbeständen, Hervorragende Ökobilanz aller Biere und alkoholfreien Getränke der Brauerei, verstärkt durch ausschließlich regionalen Vertrieb Zum anderen ist davon auszugehen, dass die durch die Umstellung auf ausschließlich regenerative Energien gewonnene Autarkie angesichts der Endlichkeit fossiler Energieträger in Zukunft auch einen spürbaren ökonomischen Vorteil für das Schlossgut Kühbach und für Dritte bieten kann.

So wird in Kühbach tatsächlich die ansonsten oft theoretisch erörterte Idee der Nachhaltigkeit verwirklicht. Von ganz besonderer Bedeutung ist aber auch die soziale Komponente: Es soll sichergestellt werden, dass an ihrem wirtschaftlichen Vorteil auch all jene teilhaben, die sich an diese alternative Energieversorgung anschließen. Darüber hinaus werden die Wärmepreise 20 Jahre lang garantiert nur entsprechend der Inflationsrate des Verbraucherpreisindex steigen. Als Vorreiter der erneuerbaren Energien in der Region zeigt das Schlossgut Kühbach, dass sich gelebter Umweltschutz, wirtschaftliches Handeln und soziales Engagement nicht gegenseitig ausschließen. In Anerkennung dieser beispielhaften und hervorragenden Leistungen für die Umwelt verlieh der Landkreis Aichach Friedberg dem Schlossgut Kühbach am 25.04.2007 den Umweltpreis 2006.

Energiekonzept (Moosbach)

Die Gemeinde Moosbach hat ein Gutachten für ein Energiekonzept in Auftrag gegeben. Das Gutachten wird am 10.06.2008 durch den Beauftragten veröffentlicht. Bisher ist geplant, durch Finanzierung bzw. Zusammenarbeit der Kirchen-/Pfarrgemeinde Moosbach und der Gemeinde Moosbach eine zentrale Wärmeversorgung aller öffentlichen Gebäude durch den Bau einer zentralen Wärmeversorgungsanlage sicherzustellen. Hierbei sollen örtliche Bauern durch die Gründung eines Betreiberkonsortiums mit ins Boot geholt werden.

Energiesparen 50/50 an Grundschulen (München)

Seit einigen Jahren wird den Grundschulen Münchens von der Stadt ein lukratives Geschäft angeboten: Wenn die Schule Energiekosten spart, bekommt sie die Hälfte der gesparten Kosten für eigene Zwecke zurück. Als Vergleichswert wird ein nach mehreren Parametern berechneter Durchschnitt der letzten drei Jahre vor Projektteilnahme zu Grunde gelegt. Konkret sieht das dann so aus: Strom ist in den Morgenstunden besonders teuer, genau ihn gilt es zu reduzieren. Die Lehrer sind nun u.a. dazu angehalten, vor Beginn des Unterrichts (7:45-8:00 Uhr) nur die Hälfte oder sogar noch weniger Beleuchtung in den Klassenzimmern einzuschalten. Während der Adventszeit brennen in dieser Zeit sogar nur die Kerzen auf dem Kranz. Gleiches geschieht mit den Heizkosten: ein Lehrer, der von einem Kollegen dabei erwischt wird, ein Fenster im Winter übermäßig lang offen stehen zu lassen, muss bei der nächsten Konferenz z.B. eine große Pizza spendieren. Beim Auf-die-Straße-Heizen lässt sich also lieber niemand mehr erwischen. Über solche Maßnahmen kann die Schule erhebliche Summen einspielen - eine der besonders "sparsamen" Schulen erwirtschaftete so allein im letzten Jahr an die 7.500 €. Dieses Geld steht der Schule für andere Dinge zur Verfügung: es wurden z.B. nun Bewegungsmelder installiert, damit die Lichter auf dem Gang nicht ständig brennen: schon wieder kann gespart werden. Auch die Kinder profitieren durch das Projekt in zweierlei Hinsicht: sie lernen darauf zu achten, wo Licht und Wärme gerade verschwendet werden und sie profitieren vom Gewinn: mit dem Geld ersetzt die Schule Bälle, die zum Nachbarn geflogen sind; bei der Skifreizeit leistet man sich nun zwei eigene Skilehrer und den Kindern aus ärmeren Haushalten können die Kosten für die Skifreizeit abgenommen werden. Auch hat sich die Schule jetzt einige gute Bierbankgarnituren geleistet, um das Sommerfest noch gemütlicher gestalten zu können. Der Rektor einer dieser Schulen: "Geldmangel ist in Zeiten des Strom- und Energiesparens für die Grundschulen in München, die sich an dem Projekt beteiligen, kein Problem mehr."

Moschee (München)

Der Stadtteil in dem ich wohne und in dessen Bezirksausschuss ich sitze, ist seit mehreren Jahren ein Stadtteil im Wandel. Über lange Jahre hinweg zählte er zu den typischen "Glasscherbenvierteln" - also typisch bayerischen, alteingesessenen und nicht zu schicken Arbeitervierteln. Doch mehr und mehr wurde Sendling ein Treffpunkt für eine große türkische Community. Das hat in vielen Bereichen bei der traditionellen Bevölkerung angeeckt, allein schon was die Läden mit türkischen Produkten, die traditionell verhüllten Frauen oder die Sprache angeht. Als dann bekannt wurde, dass der Moscheeverein DiTim eine große Moschee direkt gegenüber der katholischen Kirche errichten will, heizte sich die Stimmung dann richtig auf. Es wurde auf Bürgerversammlungen starke Kritik geäußert, die teilweise sogar als radikal nationalistisch bezeichnet werden muss. Auf beiden Seiten machte sich Angst und Ablehnung breit. Wir haben uns diesem Dialog nach einer Phase der verhärteten Fronten wieder angenommen. Wir versuchen, die typische oberbayerische Bevölkerung langsam mit der Kultur des Islam zusammenzuführen. So haben wir beispielsweise Treffen zwischen den verschiedenen Religionsgruppen organisiert.

Zunächst öffnete nur die evangelische Kirche sich für den Austausch, doch bald zog auch die katholische Kirche nach. Neben solchen vergleichenden Gesprächsrunden bieten wir interkulturelle Spaziergänge durch unser Viertel an, damit die Bevölkerung sieht, dass Sendling auch gerade durch die vielen fremden Einflüsse erst das geworden ist, was man sich unter einem typischen Münchner Viertel vorstellt. Andererseits versuchen wir den Bürgern auch die Angst vor dem Bau der Moschee zu nehmen, indem wir Modelle ausgestellt haben und Zeichnungen haben anfertigen lassen, die zeigen, dass die Moschee unser Stadtviertel auch attraktiver machen kann. Obwohl die Bevölkerung noch immer sehr skeptisch ist, hat unser Projekt zumindest erreicht, dass die türkische Gesellschaft erkannt hat, dass wir sie integrieren wollen. Sie können selbst miterleben, wie wir als BA-Fraktion uns für ihre Projekte einsetzen und sie nicht nur als Parallelgesellschaft dulden. In unserer Gesellschaft müssen wir uns in Zukunft darauf einstellen, noch viel mehr als sonst mit Migrantinnen und Migranten zu tun zu haben. Dabei müssen wir auch vermitteln, gesprächsbereit und offen für ihre Kultur zu sein. Reine Abschottung bringt niemanden weiter und es ist nun mal eine Tatsache, dass inzwischen viele Migrantengruppen in deutschen Großstädten ihr zu Hause gefunden haben. Nun liegt es an uns allen, mit dieser Situation umzugehen - damit wir in einigen Generationen ganz zueinander gefunden haben.

Nach der Globalisierung – Nordhorn hat hinter sich, was Rüsselsheim und Wolfsburg noch bevorstehen könnte (Nordhorn)

Nordhorn, eine Mittelstadt (ca. 53.000 EW) an der niederländischen Grenze war über 100 Jahre durch die Textilindustrie geprägt. Der wirtschaftliche Umbruch in der Textilbranche hinterließ tiefe Spuren im sozialen Gefüge und im Erscheinungsbild der Stadt. Im Jahre 1978 wurde die Produktion in der Textilfabrik Povel endgültig aufgegeben.

Zurück blieb eine ca. 16 ha große, stark kontaminierte Brachfläche mitten in der Stadt. Anfang 1980 kaufte die Stadt das Areal und ließ bis auf den markanten Povel-Turm, eine Lagerhalle und ein Verwaltungshaus alle Gebäude abreißen. Die erhaltenen Gebäude wurden unter Denkmalschutz gestellt. Die Fläche bietet große Potenziale für die Innenstadtentwicklung. Nicht nur auf Grund der zentralen Lage, sondern auch wegen der unmittelbaren Nähe zu einem Erholungsgebiet handelt es sich um einen attraktiven Standort. Das Projekt ist von 1987 bis 1991 als Modellvorhaben im Forschungsfeld „Stadtökologie und umweltgerechtes Bauen“ im Bundesforschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) gefördert und ausgewertet worden.

Nach dem Flächenerwerb durch die Stadt wurden umgehend erste Abriss- und Planierarbeiten durchgeführt. Das Gelände sollte schnellst möglich einer neuen Nutzung zugeführt werden, um das Negativeimage zu überwinden. Auf Grund der weitgehenden Räumung gab es kaum Restriktionen für das städtebauliche Konzept. Allerdings hatte der übereilte Gebäudeabriss zu einer starken Vermischung von Altlasten geführt. Der Planungsprozess begann 1983 mit einem städtebaulichen Ideenwettbewerb, als noch keine Bodenverunreinigungen vermutet wurden.

Zunächst war hochwertiges innerstädtisches Wohnen in verdichteter Bauweise vorgesehen. Erst 1985 wurden Bodenbelastungen festgestellt, die ein Überdenken der ursprünglichen Planungen erforderten. In dieser veränderten Situation wurde als Planungsinstrument der städtebauliche Rahmenplan gewählt, um schrittweise und flexibel auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren zu können. Um die Bebauung des Gebietes zügig voranzutreiben, fand parallel zur laufenden Bodenreinigung die Bebauung der bereits gereinigten Abschnitte statt. Bei der Altlastensanierung entwickelte die Stadt Nordhorn ein Konzept, nach dem der belastete Boden ausgehoben, direkt vor Ort chemisch analysiert

und entsprechend seiner Verunreinigung auf dem Gelände selbst gereinigt wurde. Geringer belastete Böden überließ man den natürlichen biologischen Abbauprozessen. So lag der Anteil der Bodenmenge, die zur Sondermülldeponie oder zur Verbrennung gelangte, gerade einmal bei 0,7 Prozent. Die Sanierungskosten betragen insgesamt rund 15 Mio. €

Parallel zur Sanierung des Geländes erarbeitete die kommunale Bauverwaltung drei städtebauliche Rahmenpläne für die Quartiersentwicklung. Damit konnten die Planer flexibel auf neue Erkenntnisse im Bereich der Altlasten reagieren. Die städtebauliche Konzeption ist von strengen Linienführungen der Wasserzüge, Straßen- und Bebauungszonen sowie durch Sicht- und Wegebeziehungen zur Innenstadt geprägt. Heute bietet das Gelände attraktiven Wohnraum für 750 Menschen mit überwiegend verdichteten Wohnformen u.a. Geschosswohnungsbau und Gartenhofhäusern. Durch die Integration von Sozialwohnungen und Altenwohnungen gelang eine bunte Mischung verschiedener Bevölkerungsgruppen. Seit dem Jahr 2000 wurden etwa 400 neue Arbeitsplätze im Bürosektor geschaffen. In vier Bauabschnitten entstand ein neuer Stadtteil mit eigenem Charakter als Wasserstadt. Der ehemalige Turm der Fabrikanlage wurde als historisches Bauwerk erhalten und beherbergt heute ein Textilmuseum, das an die ehemalige Nutzung der Fläche erinnert. In einer alten Webereihalle entstand ein modernes Zentrum für Kultur und Tourismus.

Bau eines Fotovoltaik-Parks (Nottuln)

Vor etwas mehr als 10 Jahren sind sehr große Flächen Land gekauft worden mit dem Ziel, diese als Bauland zu vermarkten. Mittlerweile ist der Markt dafür nicht mehr vorhanden und die Fläche liegt brach. Anfang 2008 hat der Gemeinderat beschlossen auf diese 70.000 qm Fläche einen Fotovoltaik-Park zu bauen. Die Anlage wird im Oktober 2008 ans Netz gehen und dann jährlich 650 Tonnen CO₂ einsparen.

Nachhaltiger Schwimmbadneubau (Oberursel)

In Oberursel wurde in den 30er Jahren ein Freibad angelegt, in den 70er Jahren kam ein Hallenbad hinzu. Beide Schwimmbäder sind unmittelbar benachbart und liegen in bester Wohnlage. Allerdings sind beide Anlagen sehr in die Jahre gekommen und der notwendige Haushaltszuschuss liegt inzwischen etwa bei 700.000 Euro jährlich allein für den Betrieb, Renovierungskosten in Höhe von 4 Mio. Euro haben sich zudem angestaut. Bereits 2005 haben wir daher überlegt, wie man die alten Schwimmbadanlagen fit für die Zukunft machen kann. Unsere Idee: Hallen- und Freibad zu einem Badebetrieb vereinen und die starken Synergien nutzen. Aktuell gibt es zwei separate Umkleidetrikte, Kassenbereiche und auch die sanitären Einrichtungen sind entsprechend überdimensioniert für beide Anlagen. Hierfür wird ein kompletter Schwimmbadneubau gebraucht, der zu finanzieren ist. Der entwickelte Lösungsvorschlag: Durch die kompakte Anlage kann ohne Einbußen Gelände veräußert werden. So soll der bisherige Parkplatz als Baugebiet verkauft werden und anstelle des alten Hallenbads sind neue Parkflächen anzulegen. Unsere Idee haben wir im Mai 2005 in Form eines Positionspapiers veröffentlicht. Das Thema haben wir auch im Stadtparlament weiterverfolgt, es gab Machbarkeitsstudien und einen Architekturwettbewerb.

Die Ergebnisse liegen nahe an unserer Konzeption. Inzwischen ist der Wunsch nach Neubau Konsens im Parlament, aktuell läuft die Planung. 2009-2010 werden wir dann unser neues Schwimmbad einweihen können. Durch den Neubau kann die Energiebilanz des gesamten Badebetriebs auf den neusten Stand der Technik gebracht werden. Gleichzeitig werden wir durch die in Kauf genommene Grundstücksveräußerung die Maßnahme zu weiten Teilen aus sich selbst tragen – langfristig wird der Haushalt deutlich weniger durch notwendige Betriebszuschüsse belastet. Und durch den Neubau gelingt es uns, Richtlinien für Barrierefreiheit umzusetzen, die mit Blick auf die demografische Entwicklung das Bad für die Bürger einfach zugänglich macht.

Familienfreundlichkeit (Oestrich-Winkel)

Familienfreundliches Oestrich-Winkel: Oestrich-Winkel hat als eine der wenigen Kommunen im Rheingau-Taunus-Kreis (RTK) eine gut funktionierende Familienpolitik, die meiner Meinung nach nachhaltig ist. Meines Erachtens nach muss zur näheren Betrachtung eine klare Differenzierung der Einzelmaßnahmen durchgeführt werden, die als Ganzes gesehen das „Paket Familienfreundliches Oestrich-Winkel“ ausmachen: Drittes, beitragsfreies Kindergartenjahr, Mehrgenerationenhaus (seit dem 31.05.2008), Erhalt der historischen Ortskerne, Erhalt der bestehenden Grundschulen, „Oestrich-

Winkel bleibt lebendig – gegen den Trend“, Hilfsbörse für Alzheimer- und Demenzpatienten, Vereinsförderung. Zieht man den Demografiebericht der Bertelsmann Stiftung für Gemeinden im Rheingau-Taunus-Kreises zu Rate, so ist für Oestrich-Winkel, wie auch für viele andere Kommunen im RTK, eine wachsende Überalterung der Gemeinde festzustellen. Vor diesem Hintergrund haben die Entscheidungsträger in der Stadt Unternehmungen angestellt, diesem Trend offensiv entgegenzuwirken. Dass diese Offensive nur begrenzt durchzuführen ist, ist den Betroffenen bekannt. Diese sehen hierin aber gerade auch die Herausforderung, für künftige Generationen ein zukunftsträchtiges Konzept zu entwickeln. Um die Stadt Oestrich-Winkel, so wie sie sich jetzt darstellt, auch weiterhin mit all ihren Angeboten und Einrichtungen unterhalten zu können, ist es notwendig, in vielen Bereichen nachhaltige Entscheidungen zu treffen, deren Resultate erst in den nächsten Jahren sichtbar zu Tage treten werden. Die Kommune steht also vor schwierigen Aufgaben. Die Entscheidungsträger müssen die Zeichen der Zeit erkennen und jetzt handeln. Ein langes Warten kann fatale Folgen für die Generationen nach uns mit sich bringen. Es muss den Verantwortlichen gelingen, die demografiesensible Infrastrukturplanung im Auge zu behalten und Attraktivität als Wohn- und Lebensort langfristig aufrecht zu erhalten; die Flächenentwicklung durch die Stärkung der Innenentwicklung gezielt zu steuern; die Balance zwischen Familie und Beruf professionell zu ermöglichen; frühzeitig die Basis für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik zu schaffen (mit Schwerpunkten im bürgerlichen Engagement); die Identität der Einwohner mit dem Standort zu stärken und die Attraktivität als Wohn- und Lebensort langfristig aufrecht zu erhalten. Hierzu werden im Folgenden exemplarisch die oben angesprochenen Punkte erörtert und zur Diskussion gestellt. In wie weit ist eine nachhaltige Umgestaltung der Gegebenheiten mit zukunftsweisenden Entwicklungen durch diese „Projekte“ möglich, um der derzeitigen Entwicklung entgegen zu treten? Sind die oben genannten Versuche familienfreundlich, oder werden unter dem „Deckmantel der Familienfreundlichkeit“, lediglich längst überfällige Entscheidungsprozesse in Gang gesetzt, die im ureigenen Interesse der Kommune stehen? Sollen diese dem Bürger als innovativ verkauft werden?

Mehrgenerationenhaus (Oestrich-Winkel)

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war der Anteil der „älteren“ Generation so groß wie heute – Tendenz steigend. Wer heute 65 Jahre alt ist, hat erfreulicherweise im Schnitt noch 15 bis 20 Lebensjahre zu leben. Aber auch noch nie haben Eltern und Kinder so viel gemeinsame Zeit miteinander verbringen können. Diese beiden Aspekte stellen nicht nur eine persönliche Bereicherung dar, sondern beinhalten auch wertvolle Ressourcen für die Gesellschaft. Mit dem „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ fördert der Bund 500 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland. Ziel des Programms ist es, Anlaufstellen zu schaffen, in denen sich Menschen jedes Lebensalters begegnen können. Im vergangenen Jahr konnten sich Einrichtungen und Initiativen um die Aufnahme in dieses bundesweite Aktionsprogramm bewerben.

Nachdem ein entsprechender Antrag der Stadt Oestrich-Winkel positiv beschieden wurde, entstand in der Folge im Gemeindehaus einer örtlichen Kirchengemeinde ein „Kommunikations- und Beratungszentrum für alle Generationen“, welches am 31. Mai dieses Jahres eingeweiht wurde. Das Haus soll soziale Kontakte zwischen den Bürgern verschiedener Altersstufen herstellen und den Zusammenhalt zwischen den Generationen auch außerhalb der Familien stärken. Diese Orte können aus dem oft zitierten „Kampf der Generationen“ ein „Miteinander der Generationen“ machen und dieses Miteinander mit Leben erfüllen, um den prognostizierten demografischen Wandel mittel- bis langfristig nicht nur zu verwalten, sondern auch aktiv zu gestalten. Eine Wirkungsforschung im Aktionsprogramm wird die gesellschaftlichen und nachhaltigen Auswirkungen der Mehrgenerationenhäuser im Laufe des Programms wissenschaftlich untersuchen.

Das Mehrgenerationenhaus bietet allen Generationen bezahlbare und attraktive Dienstleistungen an, die sich ganz nach dem lokalen Bedarf richten, nachhaltige Wirkung entfalten und in das sich jeder mit seinen Fähigkeiten einbringen kann. Menschen aller Altersstufen – vom Baby bis zum Urgroßopa – sollen hier aufeinander treffen, um den Zusammenhalt der Generationen zu festigen. Jüngste Nutzer des Mehrgenerationenhauses werden ab Januar 2009 zehn Kinder im Alter von 12 bis 24 Monaten sein, die die noch einzurichtende Krabbelgruppe beziehen werden. Im neu errichteten Bistro sollen sich nach den Sommerferien Kinder und Senioren zum gemeinsamen Mittagessen treffen. Darüber hinaus finden im Mehrgenerationenhaus Workshops, Vorträge, Nachhilfe, PC-Kurse sowie Sprachkurse für MigrantInnen statt. Dieses Miteinander der Generationen sorgt dafür, dass Alltagskompetenzen und Erfahrungswissen der unterschiedlichen Lebensalter nicht verloren gehen. Somit nützt das Mehrgenerationenhaus nicht nur Menschen aller Lebensalter, sondern auch die Gesellschaft insgesamt und die Wirtschaft profitieren. Da sich jede(r) – ob jung oder alt – mit seinen individuellen Fähigkeiten in die Gemeinschaft einbringen kann. Das Mehrgenerationenhaus wirkt somit

den negativen Folgen des demografischen Wandels entgegen. Nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Wirtschaft kann einen nachweisbaren Nutzen von den Häusern ziehen. Es ist bekannt, dass eine gezielte Familienpolitik ein bedeutsamer Wachstumstreiber für die deutsche Volkswirtschaft ist. Das Mehrgenerationenhaus kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten und Eltern entlasten, indem bspw. flexible Kinderbetreuung angeboten und/oder an Tagesmütter aller Generationen vermittelt wird. Eltern wird es somit erleichtert, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren. Das Mehrgenerationenhaus kann dazu beitragen, dass Ausbildungspotenziale junger Frauen und Männer nicht verloren gehen. Junge Menschen haben hier die Möglichkeiten, entweder selbst praktische Erfahrungen zu sammeln oder in Kontakt mit Vertretern aus der Praxis zu treten und so Einblicke in lokale Wirtschaftsunternehmen zu bekommen. Zudem können Jugendliche von Älteren im Haus über ihre beruflichen Chancen beraten oder über einen längeren Zeitraum gecoacht werden.

Neugründung eines Jugendparlaments in einer Samtgemeinde (Oetzen)

In einer Samtgemeinde wird jetzt ein Jugendparlament gegründet, um das Interesse von Kindern und Jugendlichen nachhaltig für Politik zu gewinnen.

Kinder- und Jugendparlament (Offenbach)

In Offenbach gibt es seit 10 Jahren ein Kinder- und Jugendparlament als Beteiligungsgremium für Kinder und Jugendliche. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche an den Entscheidungen der Kommunalpolitik, die sie betreffen, zu beteiligen. Hierzu werden demokratisch Abgeordnete aus allen Schulen (egal welcher Schulform) bestimmt. Die Legislaturperiode dauert zwei Jahre. Durch die Einbringung in verschiedene Fachgremien (Jugendhilfeausschuss etc.) ist der Einfluss auf die politischen Entscheidungen gesichert. Der Stadtverordnetenvorsteher als Schirmherr sorgt für die Verknüpfung mit der Stadtverordnetenversammlung und ist sich nicht zu schade Ideen und Anträge des Kinder- und Jugendparlamentes in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Dort müssen sie dann von den Stadtverordneten beraten und beschlossen werden - für Parteipolitiker nicht immer einfach, läuft man doch Gefahr, im Zweifel gegen die Jugend der Stadt stimmen zu müssen... In den 10 Jahren konnten Erfolge erzielt werden, jedoch mussten auch Niederlagen weggesteckt werden. Noch ist es nicht gelungen eine konsequente Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, z.B. bei einigen Schulneubauten. Doch der Weg ist richtig und es ist erfrischend, wenn in politischen Gremien die Jugendlichen mit guten Fragen die Arbeit der Politiker hinterfragen und kontrollieren. Daneben wird versucht mit Diskussionsveranstaltung Interesse an der Politik zu wecken und Oberbürgermeister und Abgeordnete an die Schulen zu bringen. Beeindruckend ist es zu erfahren, dass Kinder und Jugendliche keinesfalls nur Lobbyarbeit für ihre Altersgruppe machen, sondern bei ihren Forderungen und Anregungen alle Generationen und Lebenslagen im Blick behalten und sorgfältig abwägen. Ich erlebe die jungen Parlamentarier oft als sehr gewissenhafte Interessenvertreter, die genau überlegen welche Kosten und Folgen mit ihren Vorschlägen verbunden sind und wie man diese finanziert. Daneben dient das KJP der Stadt Offenbach als Ausgangsbasis für eine Reihe von "Partizipations-Projekten", gesteuert vom Jugendbildungswerk des Jugendamtes. Z.B. wurde mit einer Trainerin ein Demokratietraining entwickelt, welches mittlerweile landesweit zum Einsatz kommt. Unter dem Motto "geht nicht - gibt's nicht" arbeitet das Kinder- und Jugendparlament seit 10 und zeigt, dass es in der vermeintlichen "Null-Bock-Generation" zahlreiche Kinder und Jugendliche gibt, die sich für ihre Heimatstadt engagieren und einsetzen wollen!

Nahwärmeversorgung eines neuen Baugebietes durch eine Biomasse-Heizanlage (Pfungstadt-Hahn)

Die Stadt Pfungstadt weist ein neues Baugebiet mit 70-80 Wohneinheiten (Ein- und Zweifamilienhäuser) aus. Hierfür erlässt die Stadtverordnetenversammlung eine Satzung zur verpflichtenden Nutzung einer Nahwärmeversorgung durch eine Biomasse-Heizanlage. Hierzu wurde mit einer externen Betreibergesellschaft ein Belieferungsvertrag abgeschlossen. Hauptziele sind die Verminderung von Emissionen, die aus der Bereitstellung von Heizwärme und Warmwasser in dem neuen Baugebiet entstehen. Es besteht für alle Gebäude eine Nutzungspflicht bei der Erzeugung von Raumwärme und Warmwasser. Ausnahmegenehmigungen werden nicht erteilt. Verstöße gegen die Satzung werden als Ordnungswidrigkeiten gemäß § 76 Abs. III HBO mit einer Geldbuße von bis zu 15.000 EUR geahndet. Gerade die Entwicklung energiesparender Neubaugebiete ist ein Feld, in

welchem eine Gemeinde durch kommunales Handeln direkt Einfluss nehmen kann. Nahwärme ist eine moderne Alternative zu herkömmlichen Heizungsanlagen im Haus. In einer zentralen Heizstation wird die Wärme hocheffizient und abgasarm erzeugt und über ein Leitungsnetz in die angeschlossenen Häuser transportiert.

Renaturierung der Emscher (Recklinghausen)

Von 1800 bis heute hat die Emscher ihr Gesicht mehrere Male dramatisch verändert. Aus einem ungebändigten Naturfluss inmitten einer dünn besiedelten Landschaft wurde ein begradigter, offener Abwasserlauf inmitten einer dicht besiedelten Industrieregion. Nun ändert die Emscher zum wiederholten und hoffentlich letzten Mal ihr Gesicht. Zukünftig werden Haupt- und Nebenläufe wieder zu naturnahen Gewässern in einer Region, die den Wandel vom Schwerindustriestandort zu einem Standort für Dienstleistungen und Hochtechnologie bewältigt hat. Der Emscher-Umbau ist eine planerische und technische Herausforderung, die auch im europäischen Maßstab ihresgleichen sucht. Auf über 80 km Länge soll mitten im größten Ballungsraum Europas ein Fluss zurückkehren, der heute nur als offener Abwasserlauf existiert. Bei der Schaffung des Neuen Emschertals geht es nicht darum, das Landschaftsbild vergangener Jahrhunderte wiederherzustellen; zu groß sind die Landschaftsveränderungen durch Industrialisierung und Siedlungsentwicklung. Dennoch lässt sich die Emscher zu einem durchgängigen Gewässerlebensraum und einer Biotopverbindung mit hoher Bedeutung für die Region entwickeln. Mit ihren Auen und einer Reihe weiterer begleitender Strukturen wird die Emscher ein neues, attraktives und unverwechselbares Gesicht erhalten. Durch den „Strom der Bäume“ kehrt der Fluss nicht nur als Gewässerlebensraum, sondern auch als Landschaftstyp wieder. Hinter dieser Idee steht die Überlegung, nicht nur durch das Gewässer selbst, sondern auch durch begleitende Baumreihen und Gehölzgruppen systematische Landschaftsentwicklung hin zu einem neu erlebbaren Flusstal zu betreiben. Darüber hinaus bietet der Emscher-Umbau die Chance, den Fluss und seine Nebenläufe mit Lebensräumen weit in die Region hinein zu vernetzen und damit erhebliche Chancen für den regionalen Strukturwandel zu eröffnen. Die eindeutige, klare Gestaltung der ökologisch verbesserten Neuen Emscher strahlt auch auf die angrenzenden Stadtteile und Freiräume aus. Das Image eines Hinterhofs der Region kann dauerhaft in das eines Vorgartens verwandelt werden. Dies schafft auch Grundlagen für eine Stabilisierung der städtebaulichen Entwicklung an der Emscher. Mittelfristig werden die weitere Abwertung problematischer Stadtteile und der damit verbundene Wegzug ihrer Bewohner abgeschwächt. Beim Umbau der Emscher konkurrieren die ökologischen, landschaftsgestalterischen und freiraumplanerischen Ansprüche mit dem Hochwasserschutz um denselben Raum. 37% des Einzugsgebietes der Emscher sind durch Bergenkungen zu Poldergebieten geworden, die auf Dauer über Pumpwerke entwässert und von Deichen geschützt werden müssen. Die Erfordernisse des Hochwasserschutzes stehen bei allen Planungen im Vordergrund und müssen grundsätzlich berücksichtigt werden. Bei allen Umbaumaßnahmen ist klar definiertes Ziel, dass die Emscher ein sicherer Fluss bleiben muss und wird.

Solarsiedlung (Rhede)

Die Landesregierung NRW fördert insgesamt 50 Solarsiedlungen. Die Stadt Rhede ist diesem Aufruf 1999 gefolgt. Die Politiker in Rhede haben dieses Vorhaben damals einstimmig beschlossen. In zahlreichen Workshops, Bauherrentreffen, Schulungsseminaren zum energiesparenden Bauen und Wohnen sind das städtebauliche Konzept, die Gestaltungsleitlinien, der Bebauungsplan und Vertragsinhalte erarbeitet worden. Individuelle architektonische und energetische Lösungen haben die Solarsiedlung zu dem werden lassen, was sie heute ist: ein ganzheitliches Vorzeigeprojekt im Sinne des Klimaschutzes. Nach diesem Grundprinzip gibt es in Rhede noch weitere Projekte, die als Schwerpunkt die alternativen Energien haben: Windkraftanlagen, Holzhackschnittelanlage und energieeffiziente Gebäudeleittechnik an den Rheder Schulen, 3 Biogasanlagen, Wasserkraftnutzung am Stauwehr, etliche Fotovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden.

Einführung der Doppik (Ronnenberg)

Als erste Kommune der Region Hannover hat die Stadt Ronnenberg 2007 das, ab 2011 in Niedersachsen verpflichtende, Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) eingeführt. Durch die Einführung des NKR ist der Haushaltsplan leichter zu lesen und die unrentablen Projekte können besser identifiziert werden. Dadurch können Einsparmöglichkeiten ausfindig gemacht werden. Hierbei sei angemerkt, dass nur durch die Einführung des NKR noch kein Cent gespart ist. Man spart nur, wenn sich der Rat auch ordentlich mit diesem neuem System befasst und auskennt. Da die Schulden der Kommunen immens hoch sind, ist der Schuldenabbau eins der wichtigsten Themen, die die Kommunalräte zu lösen haben. Das NKR ist deshalb nachhaltig, weil es den Kommunen beim Abbau der Schulden helfen kann.

Bio-Essen in der Kita-Küche (Ronnenberg)

Ernährung ist ein wichtiges Thema, gerade bei den Kleinsten unter uns. Kinder lernen erst welches Essen gut für sie ist und welches sie eher meiden sollten. Leider kommt die Bedeutung der Ernährungsaufklärung in vielen Familien zu kurz, daher ist es umso wichtiger das öffentliche Betreuungs- und Bildungsstätten den Kindern (z.B. in der Kita) ein gesundes Essen anbieten. Vor diesem Hintergrund haben wir in unserer Kommune Ronnenberg uns dafür eingesetzt, dass es nun Bio-Essen in der Kita-Küche gibt. Die Preiserhöhung ist minimal und die Eltern haben dieses Angebot sehr gut angenommen.

Schulalltag mal anders: Sebastian Kneipp Grundschule (Saubach)

Das Thema Bildung ist in unserer Gesellschaft für eine positive Entwicklung der Nachhaltigkeit wichtig und ein kontrovers diskutiertes Thema. Dabei wird zum Teil auf die katastrophale Entwicklung des Bildungsniveaus der Schüler verwiesen, aber auch vielfach vor der Tendenz der gesundheitlichen Entwicklung der Kinder in Hinblick auf Antriebslosigkeit, Übergewicht, Konzentrationsstörungen usw. gewarnt. In der Sebastian Kneipp Grundschule in Saubach wird durch Einbindung der kneippischen Gesundheitslehre in den Schulalltag versucht diesem aktuellen Trend entgegenzutreten. Dabei wird einerseits auf die Bewegung der Kinder geachtet, indem z.B. Frühsport, Bewegungspausen und Bewegungstrainings angeboten werden. Andererseits greift man bei dem kneippischen Konzept auf tägliche Wasseranwendungen wie Armbad, Wassertreten, Arm- und Knieguss, Tau- und Schneetreten zurück, um den Kreislauf der Kinder zu fördern. Des Weiteren wird bei der Ernährung der Kinder darauf geachtet, dass täglich ein gesundes Frühstück, eine warme Mittagsmahlzeit und ein Milch- und Teeangebot vorhanden sind. Als Ergänzung werden im hauseigenen Schulgarten Kräuter und andere Pflanzen gesammelt um z.B. Kräuteröle und Tees selbst herzustellen. Durch dieses vielseitige Konzept wird den Kindern auch eine neue Lebensweise gezeigt. So bekommt man einerseits eine positive Entwicklung für die Kinder, aber Impulse für die Eltern.

Zukunft der Feuerwehren in den Ortsteilen (Schönbrunn)

Unsere Gemeinde Schönbrunn im Steigerwald hat neben dem Hauptort 8 kleinere Ortsteile mit 4 Ortsfeuerwehren. Je Ortswehr sind jeweils nur ein über 40 Jahre alter Tragkraftspritzenanhänger und eine Unterstellmöglichkeit, von jenen manche die erforderlichen Anforderungen der Unfallverhütungsvorschriften nicht erfüllen, vorhanden. Durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe ist auch die Einsatzfähigkeit (Traktor) in einer Ortschaft gefährdet. Die Personalsituation ist in allen Außenorten gut, da hier auch die Feuerwehr einen wichtigen Beitrag im Vereinsleben der Ortschaften leistet. 2 Ortswehren verfügen über hervorragende Jugendarbeit. Die Schönbrunner Wehr verfügt im Gegensatz dazu über ein neues Löschgruppenfahrzeug aber hat in Personalgewinnung durchaus Probleme. Zwei Ortsfeuerwehren melden seit längerem den Anspruch auf ein eigenes Feuerwehrfahrzeug an und im Rahmen von Dorferneuerungsmaßnahmen sind Neubauten von Gerätehäusern angedacht. Die finanzschwache Gemeinde Schönbrunn steht nun vor einem Scheideweg: Stärkung und Konzentration der Schönbrunner Feuerwehr mit knappem Personal und dem Zusammenbruch der Ortsfeuerwehren und deren Vereine oder die teurere und eventuell unfinanzierbare Stärkung und Investition in die Ortswehren.

Neugestaltung des Ortskerns (Schöneck)

Nachdem nun nach 35 Jahren die Umgehungsstraße des Schönecker Ortsteils Kilianstädten realisiert werden konnte und hierdurch eine spürbare Entlastung des Verkehrsaufkommens im alten Ortskern erreicht wurde, wird die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre, die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt und des Ortskerns sein. Hierfür wird aufgrund des hohen finanziellen Aufwands eine gut durchdachte und allen voran nachhaltige Planung erforderlich sein. Insbesondere vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit und des demografischen Wandels, wird es nötig sein, einen attraktiven, lebendigen Ortskern zu gestalten, um die Ansiedlung für Gewerbetreibende wieder interessant zu machen. Nachdem sich der Bau von Supermärkten, Banken, etc. auf einen an der Ortsgrenze liegenden Punkt konzentriert hat, muss der Ortskern insbesondere wieder Einkaufsmöglichkeiten bieten, in denen sich gerade ältere Menschen auf kurzem Wege versorgen können.

Schwierigkeiten ergeben sich in diesem Zusammenhang bei der Ausweisung von Parkmöglichkeiten. Durch die enge und ausgelastete Bebauung wird dies ein großes Problem darstellen. Weiterhin wird die Lösung des übriggeblieben innerstädtischen Verkehrsaufkommens kontrovers diskutiert. Hier steht u.a. in Frage die Ortsdurchfahrt völlig um den Ortskern umzuleiten, um eine Art Fußgängerzone / verkehrsberuhigten Bereich zu realisieren. Dieses Projekt wird meiner Ansicht nach in den nächsten Jahrzehnten in Sachen Nachhaltigkeit den größten Einfluss auf unsere Kommune haben. Es ist diskussions- und konsensfähig, begünstigt am meisten die Bürgerbeteiligung an kommunaler Politik und wird aufgrund der anfallenden Kosten die große Herausforderung für uns werden. Zudem lässt sich die Problematik der aussterbenden Innenstädte und Verlagerung der Versorgungsmöglichkeiten in die Außenbezirke auch auf andere Kommunen übertragen und ist daher in demografischer und nachhaltiger Hinsicht eine verallgemeinerungsfähige Problemstellung.

Parallelinfrastruktur in Zeiten des demografischen Wandels (Seeheim-Jugenheim)

Unsere Gemeinde Seeheim-Jugenheim besteht aus sieben Ortsteilen. Historisch bedingt ist in jedem Ortsteil noch Kirchturm-Politik aus der Zeit ersichtlich, als es noch keine umfassende Gemeinde gab: So gibt es eine Vielzahl an Bürgerhallen, Feuerwehren und auch zwei Schwimmbäder. Auch zwei Sitze der kommunalen Jugendförderung sind vorhanden. Nun stellt sich durch den demografischen Wandel allerdings die Frage, in wie fern diese Art der Parallelinfrastruktur noch Zukunft hat. Macht es Sinn, in einem Ortsteil, dessen Bevölkerungsstruktur nicht sehr zuversichtlich stimmt, noch viel Geld in die Renovierung einer Bürgerhalle zu stecken? Die nötigen Entscheidungen kommen immer näher, zumal der Bestand in der Kameralistik kaum gepflegt wurde; dies wird nun durch die Einführung der Doppik klar ersichtlich. Statt immer mehr Geld in das stopfen von Löchern zu stecken könnte z.B. ein eigener Taxiservice eingerichtet werden, so dass den nicht mobilen Personen die Chance gegeben wird, die dann nur noch zentral vorhandene Infrastruktur mit zu nutzen. Diese an sich nachhaltige Strategie ist aber politisch nicht durchsetzbar: Einerseits würden die jeweiligen Ortsbeiräte politischen massiven Widerstand leisten, andererseits trauen sich auch die Parteien, die für die Gesamtgemeinde Verantwortung tragen, solche unpopulären Entscheidungen nicht zu. Dies ist für die nachwachsende Generation doppelt ungerecht, da hierdurch Verschuldung für Projekte generiert wird, die in Zukunft in der Regel keinen Nutzen mehr für unsere Generation haben werden.

Interkommunale Zusammenarbeit im ländlichen Raum (Solms, Braunfels und Leun)

„Gemeinsam stark sein“ unter diesem Motto steht die interkommunale Zusammenarbeit. Sinn macht die Kooperation vor allem zwischen Kommunen im ländlichen Raum, da diese auf Grund ihrer Größe oft unter zu geringer Auslastung bzw. vergleichsweise hohem Investitionsaufwand leiden. In den Kommunen Solms (ca. 13.500 Einwohner, 34km² Fläche), Braunfels (ca. 11.000 Einwohner, 47km² Fläche) und Leun (ca. 6.000 Einwohner, 29km²) bestehen derzeit Bestrebungen Synergieeffekte durch gemeinsame Arbeit zu nutzen. Nutzen könnten die Kommunen in vielerlei Bereichen ziehen. Zunächst sind wirtschaftliche Vorteile zu nennen, da in der interkommunalen Zusammenarbeit große Einsparpotentiale liegen. Ein Beispiel stellen die städtischen Bauhöfe. Der in kleinen Gemeinden geringe Nutzungsgrad von Maschinen, kann durch einen kommunenübergreifenden Fuhrpark gesenkt werden. Auch eine Spezialisierung der einzelnen Bauhöfe ist überlegenswert. Die Kooperationsmöglichkeiten umfassen neben den Bauhöfen eine Fülle anderer kommunaler Aufgaben, bei denen eine Effizienzsteigerung erreicht werden kann. Sei es z.B. durch Bildung eines gemeinsamen Ortspolizei- oder Fortwirtschaftsbezirks.

Prinzipiell geht es bei diesen nicht nur um maschinelle Einsparungen sondern auch um einen Erfahrungs- und Informationsaustausch. Interkommunale Zusammenarbeit erweitert auch das Angebot für die Einwohner und macht die Kommune so attraktiver. Gerade im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie beim Angebot für Senioren liegen hier noch weite Bereiche brach. Neben dem normalen Tagesgeschäft lassen sich auch größere Investitionen zur Attraktivitätssteigerung der Kommunen gemeinsam leichter bewältigen. Durch die gestiegene Mobilität ist häufig ein Projekt ausreichend um Städte zu bedienen. Dies ist vor allem für die sog. weichen Standortfaktoren wie z.B. Schwimmbäder von großer Bedeutung. Ferner können im Verbund Projekte bewältigt werden, die eine einzelne Kommune nur schwer leisten könnte, wie eine gemeinsame touristische Vermarktung außerhalb der großen Regionalverbände oder die Schaffung der Stelle eines Umweltbeauftragten. Die Liste der Konzepte könnte beliebig fortgesetzt werden. Interkommunale Zusammenarbeit beinhaltet Erfahrungsaustausch sowie gemeinsame Nutzung der vorhandenen Ressourcen und führt somit zu Effizienzsteigerungen, finanziellen Einsparungen und eröffnet den einzelnen Kommunen sowie deren Einwohnern neue Perspektiven.

Nachhaltige Tourismusförderung: Besucherbergwerk "Grube Fortuna" in Solms (Lahn-Dill-Kreis)

Der Lahn-Dill-Kreis ist heute unter anderem bekannt für die Marken Buderus und Leica. Während die Stahlindustrie mehr oder weniger nur noch wenig Bedeutung hat, hat die optische Industrie ihre Bedeutung behalten. In diesem Bereich werden heute auch Millionen investiert. Einer der Gründe, damit sich eine solche Industrie in unserem Kreis entwickeln konnte, war das Eisenerz. Das "rote Gold" aus unserer Region hatte auf Grund der Beschaffenheit Weltruhm. Neben den vielen noch existierenden Bauwerken und Stollenlöchern erinnert heute nur noch das Besucherbergwerk "Grube Fortuna" an die Zeit des Eisenerzbergbaus. Die Fortuna wurde 1983 als letztes hessisches Bergwerk geschlossen. Auf Initiative von Kreis und Förderverein konnte es 1986 als Besucherbergwerk wieder eröffnet werden. Auch mit Hilfe des Landes konnte bis heute ein touristisches Juwel entstehen, denn: Besucherbergwerk mit Schachtbetrieb sowie originalen, funktionstüchtigen Gerätschaften sowie das sich ebenfalls auf dem Gelände befindliche Feld- und Grubenbahnmuseum sind in dieser Kombination einmalig in Europa! Es gibt in Deutschland heute nur drei Besucherbergwerke, in denen man mit einem Förderkorb unter Tage fahren kann. Die Fortuna ist ein Eigenbetrieb des Lahn-Dill-Kreises. Das Feld- und Grubenbahnmuseum wird ehrenamtlich getragen. Sie ist auch ein sehr gutes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit, beteiligen sich doch alle umliegenden Gemeinden mit einem kleinen Beitrag an den laufenden Kosten. Kosten, die allerdings in derzeitiger Form nie herausgeholt werden können. Nun existiert folgendes Problem: Unser Lahn-Dill-Kreis ist Pleite und die Fortuna kostet nur Geld. Dem entsprechend werden immer wieder Stimmen laut, die Fortuna einfach zu schließen. Nun konnte der Kreis ein Entwicklungskonzept erarbeiten lassen, damit die Fortuna auch weiterhin uns und auch den Generationen nach uns verdeutlicht, was unsere Region Groß gemacht hat, wo unsere Großväter zur Arbeit gingen und unter welchen Bedingungen sie gearbeitet haben. Dieses besondere Stück Montangeschichte muss erhalten bleiben!

Finanzierung der Kosten für die Abwasserentsorgung (Steinau an der Straße)

Unsere Stadt ist mit zahlreichen Stadtteilen in Außenbereichen ländlich geprägt, wodurch sich, unter anderem wegen der großen Entfernungen ein Problem im Zusammenhang mit der Abwasserentsorgung, bezüglich einzelner Stadtteile und Randgebiete ergibt. Wir setzen hier auf dezentrale Lösungen, weil es in unseren Augen nicht klug ist gewaltige Investitionen in eine riesige Abwasserinfrastruktur zu investieren, die auf Grund sinkender Bevölkerungszahlen nicht ausgelastet sein wird, während allein die Unterhaltungskosten (ganz abgesehen von den Investitionskosten) gewaltige Mengen an Kapital verschlingen. Hieraus folgt für die Bürger eine Mehrbelastung, durch steigende Abwassergebühren, die zudem noch auf eine sinkende Anzahl Einwohner umgelegt werden muss. Deswegen sind wir darauf bedacht, in die Kalkulationen auch die langfristigen Kosten, sowie die durch sinkende Bevölkerungszahlen verlangte Flexibilität kapitalisiert einzurechnen. Die Wirkung unseres Handelns ist aus meiner Sicht zunächst in Bezug auf die Bauwerke selbst zukunftsfähig, da wir kommenden Generationen nicht hunderte Kilometer zu unterhaltendes Kanalnetz zurücklassen, weiterhin bleibt unser System zukunftsfähig, weil die Kosten für die Abwasserentsorgung auch in Zukunft bezahlbar bleiben werden

Landschaftsschutz statt Treibhaus-Cluster (Straelen)

Wir haben in unserer Gemeinde ein schönes und wichtiges Naherholungs- und Landschaftsgebiet erhalten, in dem die größte Blumen- und Gemüseversteigerung Deutschlands ein 120-170 ha großes Glashaus-Cluster bauen wollte. Hierzu haben wir unter anderem den Antrag auf Landschaftsschutz des NABU unterstützt. Das Gebiet stellt eine wichtige Verbindung für das 'grüne Band' zwischen Nijmegen, NL und Roermond, NL dar. Die landwirtschaftlichen Betriebe auf dem Gebiet wären vernichtet worden und die lokalen Garten-Familienbetriebe in ihrer Existenz bedroht worden.

"Mama lernt Deutsch" (Sulingen)

Die Stadt Sulingen bietet seit geraumer Zeit spezielle Sprachkurse für ausländische Mütter an. Natürlich sind diese Kurse vollkommen umsonst. Sie werden abends in den Klassenräumen von Schulen angeboten. Dieses Angebot wird auch immer besser durch die Mütter angenommen, da sie zum Teil nicht ein Wort Deutsch verstehen und es auch zum Wohle ihrer Kinder beiträgt, wenn in den Familien zuhause Deutsch gesprochen wird. Und da Integration heutzutage größtenteils über die einheimische Sprache verläuft, nahm die Stadt Sulingen sich dieses Problems an und kann somit hoffentlich helfen.

Integration durch Deutsch-Türkischen Freundeskreis (Sulzbach am Main)

Jeder redet von Integration. Sie zu unterstützen ist allerdings sehr schwer. Wir in Sulzbach am Main haben hier einen guten Weg gefunden. Auf Initiative von zwei türkischen Mitbürgern wurde der Deutsch-Türkische Freundeskreis am 22.05.2006 gegründet, in dem jetzt Türken und Deutsche Integration leben. Man entschied sich bewusst gegen einen Verein für türkische Tradition. Ziel des Kreises ist es, das Verständnis füreinander zu fördern, so dass ein friedliches Zusammenleben miteinander besser funktioniert. Als erste Aktionen wurden jeweils die katholische Pfarrkirche sowie die regionale Moschee besucht. Viele Moslems waren bis zu diesem Zeitpunkt noch nie in einer Kirche gewesen. Besonders erfreulich war, dass zu diesem Termin auch viele katholische Gläubige gekommen waren und so ihr Interesse an einem kulturellen Austausch gezeigt hatten. Als weitere Aktivitäten gab es zum Beispiel ein Fastenessen, einen Stand am Dorffest sowie Diskussionen. Der Kreis deckt Menschen aller Generationen ab und wird von Deutschen wie von Türken gleichermaßen angenommen. Die Gemeinde Sulzbach hat durch den Bürgermeister und sonstige Unterstützung dieses Projekt vorangetrieben. Fazit: Es wird in der großen Politik viel von Integration geredet. In Sulzbach wird etwas getan. Bei der Gemeinderatswahl im März 08 wurde der Vorsitzende dieses Kreises sogar mit einem starken Ergebnis in den Gemeinderat gewählt.

Nachhaltige Energiepolitik (Troisdorf)

Der Rat der Stadt Troisdorf hat die Weichen für eine zukunftsfähige Energieversorgung gestellt. Bei allen Neubauten sollen soweit möglich alternative Energieträger zum Einsatz kommen. So wird eine im Bau befindliche 3-fach Turnhalle komplett durch Geothermie beheizt und der benötigte Strom über eine auf dem Dach befindliche Fotovoltaik Anlage produziert. Auch für Bestandsimmobilien sind Aufrüstungen mit Fotovoltaik Anlagen vorgesehen. So ist im letzten Jahr u.a. das Tribünendach des "Aggerstadions" mit Fotovoltaik bestückt worden. Bei der Sanierung/Instandhaltung von Schulgebäuden und Turnhallen wurden und werden zeitgleich Fenster und Fassaden wärmegeämmt um die Energiebilanz der Gebäude nachhaltig zu verbessern.

Darüber hinaus ist von privater Seite die Realisierung einer großen Fotovoltaik Freiflächenanlage in Dünnschichttechnik geplant. Investoren planen hier zwei Anlagen auf einer Fläche von 180.000 m² mit einer jährlichen Leistung von ca. 5.000.000 kWh (Jahresverbrauch von 1400 Haushalten).

Ferner ist die Stadt Troisdorf über ihre städtische Tochter Stadtwerke Troisdorf GmbH Partner im „Green GECCO“. Stadtwerke aus NRW, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz haben Anfang Mai in Krefeld den Startschuss für gemeinsame Projekte zur regenerativen Energieerzeugung gegeben. In Zusammenarbeit mit RWE Innogy sollen dabei Projekte in den Bereichen Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Bioerdgasanlagen realisiert werden. Für das Ziel der Bundesregierung, im Jahre 2020 rund 25% der Stromabgabe durch regenerative Energien zu decken, kann das Projekt „Green GECCO“ somit einen wichtigen Beitrag leisten.

Energieagentur Steinwald GmbH (Waldershof)

Die Energieagentur Steinwald GmbH ist eine Gesellschaft mit 7 Gemeinden. Ziele der Agentur sind: dezentrale Energieversorgung durch Wärme, Strom und Kraftstoffe, Erstellung eines Energiekonzeptes für künftige Planungssicherheit, energetische Rohstoffproduktion in der Region, Absicherung durch langfristige Verträge, Einbindung aller Partner sowie die mehrheitliche Mitsprache der Kommunen.

Bauplanung (Wedemark)

Die Gemeinde Wedemark ist wie man vermuten kann eine ländliche Dorfgemeinschaft mit Feldern, Wäldern, Bauern, Wiesen und allem was zum echten Landleben dazugehört. Um Geld in die Kassen der und Einwohner in die Gemeinde zu bekommen wurden in den letzten Jahrzehnten verstärkt Bau- und Gewerbegebiete ausgegeben. So konnte sich die Wedemark über zahlreiche neue Supermärkte, Wohngebiete und Firmen freuen. Dies ist insofern sehr positiv, als dass damit der finanzielle Spielraum der Gemeinde gewachsen ist. Jedoch mussten wir feststellen, dass allmählich die Wohngebiete nicht mehr in Windeseile verkauft und verpachtet werden. Ähnliches gilt auch für Gewerbegebiete. Supermärkte gibt es schon lange genug. Eine ganz neue Entwicklung nimmt allmählich Gestalt an. Die dörflichen Strukturen verschwinden/verschimmen. Wo vor 10 Jahren noch Äcker waren sind nun Wohngebiete. Wo man früher noch ein Feld zur Abgrenzung zwischen 2 Dörfern hatte steht nun ein Supermarkt. Das Verschwinden von Feldern und Verwischen von Ortsgrenzen ist noch ganz in der Anfangsphase. Doch die Frage ist: Wo will man mit der Wedemark hin? Für mich gehört zur Nachhaltigkeitspolitik auch, dass man sich z.B. in der Wedemark mit einer vorrausschauenden Bauplanung beschäftigt und ermittelt wo in den nächsten 20 Jahren noch neue Flächen ausgewiesen werden können und wo es unnötig ist.

Witten 2020

Rahmenbedingungen: Witten wird weniger und älter - enorme Integrationsleistungen sind zu erbringen (20 % Ausländer oder mit Migrationshintergrund). Es stellt sich die Frage: Weniger Einwohner = weniger Einnahmen und folglich: Weniger Einwohner = weniger Ausgaben?
Der Wittener Haushalt ist seit 1992 unausgeglichen. Seit diesem Jahr sind bis heute rund 155 Mio. € kurzfristige Liquiditätskredite zur Finanzierung der jährlichen Defizite des laufenden Betriebs aufgelaufen. Außerdem beläuft sich die langfristige investive Verschuldung auf rund 90 Mio. €. Die Gesamtverschuldung beträgt also rund 245 Mio. €. (eine der höchst verschuldeten Städte in NRW)
Projekt Witten 2020: Mit Ratsbeschluss vom 10.05.2004 wurde die Verwaltung beauftragt, einen neuen Flächennutzungsplan für die Stadt Witten aufzustellen und die dafür notwendigen Personalressourcen einzuplanen. Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans erfordert ein Stadtentwicklungskonzept (STEK), das die entwicklungsplanerischen Grundlagen zur Verfügung stellt und die Handlungsperspektiven für die weitere Stadtentwicklung erarbeitet. Entsprechend der Geltungsdauer des neuen Flächennutzungsplans erstreckt sich der Planungshorizont des Stadtentwicklungskonzepts bis zum Jahr 2020. Diese Aufgabenstellung sollte in engem Zusammenspiel von Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung gemeinsam mit den Wittener Bürgerinnen und Bürgern bewältigt werden. Mit dem handlungsleitenden Grundsatz der "Stadtentwicklung im Dialog" sollte damit auch ein Beitrag zur Förderung einer neuen Beteiligungs- und Planungskultur in Witten geleistet werden. Wichtig war von Beginn an eine enge prozessbegleitende Abstimmung zwischen Projekt/Verwaltung und Politik. Dafür wurde aus Mitgliedern der im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umweltschutz (ASU) vertretenen Fraktionen und der Projektleitung ein regelmäßig tagendes Beratungsgremium ohne eigene Entscheidungskompetenz, das ASU-Begleitgremium, unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden gebildet. Auf seiner zweiten Sitzung am 01.12.2005 verständigte sich das ASU-Begleitgremium auf den Projektnamen "Unser Witten 2020". Der Name ist gleichsam Programm: Es geht um Witten. Es geht um unser Witten: eine Gemeinschaftsaufgabe. Und es geht um die Zukunftsperspektive 2020. Erste Ergebnisse: neuen Wohnbauflächen, neuen Gewerbeflächen, ein Freiraumsystem, zentrale Versorgungsbereiche und dezentrale Agglomerationsbereiche, Stadtteilrahmenpläne sowie ein räumliches Entwicklungskonzept.

Regionaler Gewerbeflächenpool Neckar-Alb - Ein Pool für die Region (Zollernalb)

Meistens sind geniale Ideen einfach – zumindest auf den ersten Blick. Genau das trifft auch auf die Idee des Regionalen Gewerbeflächenpools zu, die von 22 Gemeinden des Zollernalbkreises modellhaft ausgearbeitet wurde: alle beteiligten Gemeinden bringen potentielle Gewerbegrundstücke in den Pool ein, die nach ökonomischen und ökologischen Kriterien monetär bewertet werden. Wird nun ein Gewerbegebiet verkauft, erhält jede Gemeinde genau den Anteil am Verkaufserlös und der eingehenden Gewerbesteuer, der ihrem Anteil am Gesamtpool entspricht. Was ist daran so genial? Ganz einfach: es werden mehrere Ziele gleichzeitig erreicht. Die Wirtschaftskraft der Region wird gestärkt, da die Gemeinden interessierten Investoren im Pool mehr, vielfältigere und attraktivere Grundstücke anbieten und so ihre Chancen auf dem überregionalen Markt verbessern können. Der „Wettstreit“ der Gemeinden untereinander wird entschärft. Auch bietet die Teilnahme am Pool den Gemeinden einen Risikoausgleich im Zeitablauf, da sowohl die Grundstückserlöse als auch die Gewerbesteuereinnahmen anteilig ausgeschüttet werden. So kann die Krise einer bestimmten, lokal konzentrierten Branche die einzelne Kommune weniger hart treffen. Ein weiteres wichtiges Ziel, das mit Hilfe eines Regionalen Gewerbeflächenpools vorangebracht werden kann, ist die dringend notwendige Reduktion des Flächenverbrauchs. Die Gemeinden stehen weniger unter Druck, Flächen vorhalten zu müssen, um Investoren anzulocken. „Ausweisen um jeden Preis“ ist nicht mehr nötig, da Gemeinden in ökologisch sensiblen Gebieten sich auch mit finanziellen Einlagen am Pool beteiligen können: sie können auf die Ausweisung von großflächigen Gewerbegebieten verzichten und trotzdem von den Einnahmen der Gemeinschaft profitieren. Warum ist dieses Modell also nicht längst Realität? Zum einen ist es nicht immer einfach, politische Verantwortliche davon zu überzeugen, über die Grenzen der eigenen Gemarkung zu blicken und neue Wege der interkommunalen Zusammenarbeit einzuschlagen. Zum anderen liegt auch bei dieser auf den ersten Blick genial einfachen Idee der Teufel im Detail: nach welchen Kriterien werden die Flächen bewertet, welche Rechtsform sollte der Verband haben? Solche Fragen zur Zufriedenheit aller zu klären erfordert viel Geduld und Kompetenz. Wir meinen jedoch, dass sich der Aufwand lohnt. Deswegen haben wir die Verwaltung mit einem Antrag beauftragt, dem Gemeinderat über die Möglichkeiten ähnlicher Kooperationen Tübingens mit seinen Nachbargemeinden zu berichten. Wir hoffen sehr, dass sich in Tübingen und den umliegenden Kommunen Gemeinderäte und Verwaltungen für die Idee eines Regionalen Gewerbeflächenpools begeistern lassen, damit wir auf einfach geniale Weise Wirtschaftsförderung und Flächenschonung in Einklang bringen können.